

Dresdner Volkszeitung

Vollstehendes: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sachl. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Belegungen
"Nach der Arbeit" und "Voll und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25201, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10,
Fernsprecher Nr. 25201, Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Korrespondenzzeile
30 Pf., die 50 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote
40 Proz. Rabatt. Für Dreifachbelegung 10 Pf.

Nr. 192

Dresden, Mittwoch den 19. August 1925

36. Jahrg.

Arbeiterchaft und Fremdenhaß in China

Von unserm asiatischen Mitarbeiter

Die große Streik- und Aufrührerbewegung in den
Fabrik- und Industriestädten Chinas gegen das ausländische Groß-
kapital und seine fremdlandischen Vertreter entrollt vor allem auch
ein sehr lehrreiches Bild der chinesischen Arbeiterchaft von heute.
Es zeigt deutlich diese Bewegung den Fortschritt der aus-
China erwachenden Arbeiterchaft. Es wäre ganz falsch anzu-
nehmen, daß etwa nur wenige Führer im Sinne der europäischen
Arbeiterbewegung erwachen. Sondern die Industrialisierung auch
in China eingebracht ist, werden die chinesischen Fabrikarbeiter
ganz nach abendländischem Muster in Gewerkschaften organisiert und
zu modernen, klassenbewußten Gewerkschaften erzogen. Gewiß
die Bauern und Landarbeiter leben noch den Tritt der alten Zeit.
Aber neben der Bewegung der Arbeiterchaft läuft die rasche
Erklärung der Studenten, ganz ähnlich, wie es einst im zaristischen
Rußland der Fall war. Diese Studenten sind mehr oder weniger
sozialistisch, mindestens aber stark nationale gebildet. Wichtig-
zeitig hat ihre Bewegung eine stark nationale Färbung, da in ihrem
Hintergrund Kapitalismus und Imperialismus einwirken in der Haupt-
sache durch die Fremden verprovokiert werden.

Ein besonders einprägsames Bild von der Stellung-
nahme der chinesischen Arbeiterchaft gegen die ausländischen Kapital-
isten bietet die Haltung der chinesischen Gewerkschaften in
Shanghai, wie sie in verschiedenen Aufsätzen an die chinesische Ar-
beiterchaft und an die Arbeiter der ganzen Welt niedergeschrieben ist.
In ihrer ersten Proklamation unter der Überschrift: "Das wilde
und grausame Gemetzel in der Geschichte der Menschheit" schildert
die Gewerkschaften die Schmach des fremden Kapitalismus: Nach der
Anweisung ausländischer imperialistischer Kapitalisten
feuerte die Shanghai britische Polizei auf unbewaffnete
chinesische Studenten, Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 30. Mai
harmlos in den Straßen von Shanghai demonstrierten. Das
Ergebnis waren 41 Tote und mehr als 100 Verletzte. Auf Seiten
der Polizei war kein Verletzte. Ein ähnlicher Fall ereignete sich
am 11. Juni in Canton, wo 16 Personen ihren Verwundungen er-
gaben und mehr als 60 verletzt wurden. Der Streik, der darauf in
größterem Umfang einsetzte, brachte die imperialistischen Kapitalisten
nicht zur Vernunft. In der Provinz Kanton wurde am 23. Juni
von britischen und andern ausländischen Soldaten unter Verwen-
dung von Kanonensplittern mit Maschinengewehren und Geschützen
in die einheimische Bevölkerung geschossen. Mehr als 80 Chinesen
starben auf der Stelle, unter ihnen waren 14 Studentinnen und
10 Kinder. Verletzt wurden mehr als 400.

Nach dieser Schilderung fährt der Aufsatz fort: "Wir sind
weder dem japanischen noch dem britischen noch irgendeinem euro-
päischen Volk als Nation feindselig gesinnt. Wir sind aber entschieden
gegen die Imperialisten, die eine höhnische und grausame Unter-
drückung unserer Massen ausüben. Diese sind Geißeln der Mensch-
heit. Wir sind bereit zu den letzten Opfern für die Befreiung der
Menschheit von diesen Feinden der arbeitenden Klasse. Sieht auf,
nicht auf! Streuziehler aller Nationen! Wir müssen für die
Wahrung der Menschheit kämpfen und den Imperialismus nieder-
schlagen. Eure Mitarbeit zur Erreichung dieses Endzieles ist
dringend erwünscht."

Diese Proklamation wurde im Namen des Verbandes
der chinesischen Seeleute und der 500 000 andern streikenden Arbeiter
veröffentlicht. Der zweite Aufruf erging durch die Presse aller
Länder der Welt an die Seemannsbereinigungen und Arbeiter-
organisationen aller Staaten. Hier heißt es: "Nach dreimaligen

Mitbergiehen an unbewaffneten chinesischen Studenten, Arbeitern
und demonstrierenden Märdern und Knaben und viermaligen Ueber-
fällen auf Hochschulen, nach mehreren Dutzenden von Verhaftungen
und Körperverletzungen mit schweren physischen Schäden für die
chinesischen Einwohner, ist nunmehr die Zweigstelle der chinesischen
Seemanns-Union in Shanghai in die Liste der Opfer der aus-
ländischen, übermächtigen und habgierigen Imperialisten eingetrit.
Diese Zweigstelle wurde am Vormittag des 3. Juni ohne Angabe
des Grundes und vorheriger Mitteilung von völlig bewaffneten Poli-
zisten und Detektivs überfallen. Angestellte und Mitglieder der
Union hatten nicht einmal Zeit, persönliche Sachen mitzunehmen.
Das Bureau wurde sofort geschlossen und verriegelt. Was für ein
Schick hat der ausländische Stadtrat zu seinem Vorgehen? Die
chinesische Seeleute tun ihren guten Dienst für alle Länder der
Welt, d. h. für die Menschheit. Und wieder schließt sich auch
dieser Aufruf mit einem Appell an das internationale
Proletariat: "Nimmt ihr vor dieser Schande untätig
bleiben, ohne direkte Hilfe zur Unterdrückung des Imperialismus
zu leisten? Unser Feind ist euer Feind! Unsere Niederwerfung ist
eure Niederwerfung! Weicht und schert eure kostbaren Hände!
Nur der Jüdischheit wissen, um der künftigen Menschheit willen!
Gest! Werdet ihr und wir alle für immer betrogen sein!"

In einem dritten Aufruf, der am 8. Juni in Shanghai
ebenfalls im Namen des Verbandes der chinesischen Seeleute ver-
öffentlicht wurde, heißt es schließend: "Wir haben Ungerechtigkeit,
Grausamkeit und Uebergriffe der Shanghai britischen Polizei
erlebt, die mit Gewehren und Revolvern öffentlich harmlose
chinesische Studenten sowie Arbeiter gemordet hat, als Studenten
und Arbeiter, ohne eine einzige Waffe bei sich zu haben, demon-
strierten. Wir stellen fest, daß die persönliche Freiheit der Chinesen
mit den Füßen getreten wird, daß unser Leben in Gefahr ist in
einer Zeit, wo Reichlosigkeit, Ungerechtigkeit und Blutdurst herrschen.
Unter diesen Umständen sind wir gezwungen, einen allge-
meinen Streik durchzuführen, bis England, die USA und Japan
zur Hebung unserer Forderungen, daß sie uns ausruhen lassen haben
und sich dem Rechte sowie den Forderungen der Gewerkschaften für
Arbeit, Handel und Erziehung Chinas beugen werden."

Zur gleichen Zeit sandten die chinesischen Seeleute an den
Führer der englischen Arbeiterpartei, Ramsay MacDonald, in
dem es heißt: "Ausländische Stadtpolizei feuerte auf unbewaffnete
Studenten, die in Shanghai demonstrierten und gegen die Verhaftung
ihrer Kameraden protestierten. Sie hatten an diesem Tage
niemanden, der die einen Streik von Japanern geleitet worden waren.
Sieden der Studenten wurden sofort getötet, 30 haben nachher,
mehr als 100 wurden verletzt. Das Schicksal dauerte mehrere Tage.
Die ganze Nation ist entrüstet und protestiert durch Streik zur Er-
langung der Gerechtigkeit. Zur Verfassung der schuldigen Polizei
und Verletzung der imperialistischen ausländischen Unterdrückung
ist ihre Mithilfe dringend erwünscht."

Wie hat man erfahren, ob die britische Zensur dieses
Telegramm an MacDonald durchgehen ließ. Aber aus all den
Aufsätzen der chinesischen Seeleute erkennt man, wie sehr diese ge-
werkschaftlich organisierte Arbeiterchaft den freiküchlichen Olfens durch-
führung der Arbeiterchaft des Imperialismus und Kapitalismus, den
die chinesischen Arbeiter in den letzten Monaten in der schlimmsten
Form kennen und spüren gelernt haben.

Der aufreizende Gegenfah

Man vertritt nicht Neues, wenn man betont, daß auf
dem Gebiete der Reklame und der Propaganda die Wirkung
des Bildhaften sich immer stärker durchsetzt. Das haben auch
die politischen Parteien begriffen und jede der Parteien sucht
sich der Bildpropaganda nach ihren Mitteln und ihrem Ge-
schmack zu bedienen. Die bürgerlichen Parteien mit ihrem
ungleich früher entwickelten großen Zeitungsmechanismus
sind dabei den proletarischen voraus. Wir haben also auf
diesem Gebiete noch viel nachzuholen, und vor allem die
Bildpropaganda haben wir erst in ihren Anfängen auf-
genommen. Darum ist es eine durchaus disanktable Auf-
munterung, wenn Ignaz Wobbel in Nr. 17 der Weltbühne
den proletarischen Parteien folgenden Stoß gibt:

Es gibt aber ein sehr wichtiges, politisch unendlich wirk-
sames Kampfmittel — und das ist die Tendenzphoto-
graphie. Sie wird viel zu wenig angewendet.
Die Frontalform der sozialdemokratischen Parteiver-
sammlung hat ihre Bildbelegungen immer noch aus wie zu Groß-
mutterzeiten — ein tendenziöses Gegengewicht zu den angeblich
berühmten illustrierten Zeitungen gibt es nicht. Warum
eigentlich nicht?

Warum macht sich von den Kommunisten niemand daran, im
Kunde mit der Photographie zu kämpfen? (Anfänge sind
Sichel und Hammer zu finden.) Die Photographie ist un-
überlegbar. Sie ist gar nicht zu schlagen. Was allein
mit photographischen Gegenüberstellungen zu machen ist, weiß nur
der, der es einmal probiert hat. Die Wirkung ist unerschütterlich
und durch seinen Reizfaktor der Welt zu übertraffen. Eine Mappe
Zeile Unterdrückung — und das einfache Publikum ist gefangen.
Ladenherren in Jüri; das Auto eines Bankiers, die Wohnung
seines Partiers; Richtergeschichten einer preußischen Strafkammer
und ihre Opfer; Studenten auf der Meise; verhaftete Kommuni-
stinnen vor und nach Festhaltung ihrer Person; eine Kon-
frontation der Physiognomien Lenin und Hindenburg; eine
Parade unter Wilhelm und eine unter Adolf; das sind Themen,
die mit Worten gar nicht so treffend behandelt werden können,
wie es die unerschütterliche, wahrhaftige und einwandfreie Photo-
graphie tun kann, die erst durch die Anordnung und Festlegung
zum Tendenzbild wird. Sie ist eine wahre gefährliche Waffe.
Der Zeichner kann sich etwas aussuchen, der Photograph nicht.

Vom Kino zu schweigen. Da streiten sie sich über die
orthodoxe Auslegung des kommunistischen Manifestes herum
und sind noch nicht einmal dazu gekommen, das Kino, diese Bibel
von heute, der Arbeiterchaft dienlich zu machen. Wie lauter
Organisation, Bedenken, Kompromisse und Beratungen kommen
sie nicht dazu. Unterlassen haben und benutzen ihn die andern.
Das mag wohl nicht von heute auf morgen zu ändern sein. Die
Photographien aber sind da, Dynamit und Sprengpatronen im
Kampfe der Seelen. Was und fehlt, ist die tendenziöse Photo-
graphie illustrierte Kampfschriftung.

Wie wichtig diese Anregungen sind, ist an dem Scho-
n in der kapitalistischen Presse zu erkennen. Der
schiedene dieser Blätter überschlagen sich vor Entrüstung.
"Ein fauler Plan", überschreibt das Blatt des Dresdner
Vorbürgermeisters seine Betrachtung, während die Dresdner
Nachrichten eine Stufe tiefer greifen und Wobbels Anregun-
gen eine "Erziehung zur Gemeinheit" beileiten.

Wozu diese Aufregung, ihr Herren? Wollen Sie etwa
leugnen, daß in dieser kapitalistischen Welt die sozialen
Gegenfah in menschenwürdiger Weise nebeneinander
stehen? Wollen Sie es eine Tendenzzüge nennen, daß eine
Mehrzahl von Menschen in engen Räumen haust, während
eine kleine Minderzahl Villen und prächtige Behausungen
besitzt? Wollen Sie bestreiten, daß Millionen Arbeiter
Arbeitslos sind, während sich ein anderer Teil Zeitgenossen mit
Lederbügeln und feinen Kleidern mit Lederbügeln
mästen kann? Und bezweifeln Sie, daß die von der Reichs-
tagsmehrheit brutal durchgesetzten Wucherer- und
sozialen Gegenfah brutal verschärfen werden?

Ja aber, antworten darauf die Kopfstecher des Kapita-
lismus, es gibt auch Vertreter des Proletariats, die bour-
geoishafte Einkommen beziehen, hochbeamtet sind und bour-
geoishaft leben. Wir bestreiten das nicht, und diese Tat-
sache wird bestehen, solange diese privatkapitalistische Gesell-
schaft besteht. Immer wieder wird es vorkommen, daß Prole-
tarier oder Vertreter des Proletariats in eine höhere Lebens-
lage aufsteigen, und kein Parteiprogramm verbietet ihnen,
ihre Einkommen nach Belieben zu verzehren. Die Jugendtrü-
gler zu einer sozialistischen Partei verpflichtet sie jedoch, mit
allen politischen Mitteln für die Befreiung
dieser Klassen gegenfah und gegen die
soziale Ungerechtigkeit zu wirken. Das ist der
entscheidende Unterschied!

Man kann einen Stimmens in seinem Reichthum schweigend
zeigen, und daneben auf einem anderen Bilde das Glend seiner
Arbeiter — und man kann einen sozialdemokratischen Minister
oder begüterte Kommunisten im Kurort photographieren und
daneben einen ihrer Parteigenossen in dem bekannnten "See-
bad Weisdorf". Das für den politischen Kampf Prin-
zipielle. Entscheidende beider Gegenstellungen
ist und bleibt jedoch: daß der sozialistische Arbeiter und
für ihre Verwirklichung durch Hoffentlichkeit und Voll-
wunder eintritt, während der Sozialist in allen Lebenslagen
verpflichtet ist, für die Bekämpfung dieser Gegenfah zu
kämpfen. Ob die kapitalistischen Verleumdung unserer Pro-
fanda entgegenleben oder nicht: an diesem
fundamentalen Unterschied der politischen Einstellung können
sie nichts wendigen, und mit einigen Taus für das

Der Textilarbeiterkampf geht weiter

Die Bauarbeiter lehnen einmütig den Schiedsspruch ab

Aus Berlin wird uns berichtet: In Untermerckreuth
wurde verkündet, daß ein Verständigung in der sächsischen
Textilindustrie "vorläufig nicht zu denken sei". Neben die
Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium war bis zur Stunde
nichts zu erfahren.
Der Schiedsspruch für das Baugewerbe ist in Sachsen
von der Arbeiterchaft bisher einhellig abgelehnt worden.
Der Kampf der Bauarbeiter wird also weitergehen, wenn es nicht
gelingt, durch neue Verhandlungen ein erträgliches Ergebnis zu er-
zielen. In den Kreisen der Gewerkschaften rechnet man mit der
allgemeinen Aussperrung aller deutschen Bauarbeiter.

Die Verhandlungen, die am Montag und Dienstag im
Reichsarbeitsministerium in Berlin zwischen Delegierten des Ar-
beitgeberverbandes der sächsischen Textilindustrie und des deutschen
Textilarbeiterverbandes unter dem Vorsitz des Stadtrats a. D.
Kunze stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen.
Es handelt sich um den letzten Versuch einer Einigung zwischen
den beiden Verbänden, die die Verbindlichkeitsklärung des
Schiedsspruchs für die sächsischen Textilarbeiter vom 21. Juli 1925
nicht anerkennen haben. Nachdem die Verhandlungen ergebnislos
verlaufen sind, haben jetzt die Arbeitgeber sämtlichen Arbeitern der
sächsischen Textilarbeiterverbände zum 4. September gekündigt,
und wenn nicht in letzter Stunde diese Kündigung aufgehoben
wird, werden zu dem angegebenen Termin 250 000 Textilar-
beiter zwischen Ost- und West ausgeperrt werden.

Der Arbeitgeberseite wird erklärt, daß die Industriellen
den Schiedsspruch vom 20. Juli, der eine Erhöhung der sächsischen
Lohnsätze um 10 Prozent für die Zeit vom 1. Juli d. J. bis zum
31. März 1926 vorschlägt, unter Umständen bevorzugen würden und
an den Reichsarbeitsminister auftragsgemäß, anzunehmen hätten.
Der Textilarbeiterverband hat den Schiedsspruch dagegen
abgelehnt. Die von den Arbeitgebern beantragte Verbindlichkeits-
klärung sei von der Gewerkschaft mit allen Mitteln verhindert
werden. Eine Stilllegung der Gewerkschaften zu dieser
Erklärung liegt zur Zeit noch nicht vor. Die Gewerkschaften haben
die rechtserzwingende Besetzung des Reichsarbeitsministeriums
wegen die lange Dauer des Textilarbeiterkampfes bis zum 31. März 1926

Der Reichsarbeitsminister

Das Reichsarbeitsministerium hat am Schluß der
Verhandlungen erklärt, daß es die weitere Einmündung des Lohn-
satzes in der sächsischen Textilindustrie aufzusehen verfolgen
sich ein Eingehen in den Kampf vorbereiten werde. Die aus-
sächsischen Textilarbeiter mitgeteilt wird, sind bereits bei einzelnen säch-
sischen Textilfabriken Arbeitsüberlegungen erfolgt. Man darf
annehmen, daß die Gewerkschaften der allgemeinen Aussperrung
am 4. September durch einen Streik zuvorkommen werden. Die
Lage in der sächsischen Textilindustrie ist durch den Ausbruch dieses
schweren Konflikts außerordentlich ernst geworden und die Folgen
für das deutsche Wirtschaftsleben könnten durch ein weiteres Fort-
schreiten des Konflikts, vor allem, falls die Aussperrung zur Tat-
sache werden sollte, unabsehbar werden.

Vor den Berliner Kommunalwahlen

Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtages erledigte
die zur Durchführung der Groß-Berliner Stadtverordnetenwahl
notwendige Vorbereitung. Es gelang dabei den Vertretern der sozial-
demokratischen Fraktion, die im Gesetz über die Bildung
der Berliner Wählerchaft auszufallen. In diesem Gesetz wird
die Wahlberechtigung von einer einjährigen Aufenthaltzeit im
Gebiet der Stadtgemeinde Berlin abhängig gemacht. In den
übrigen Wahlgesehen für die Gemeindevahlen ist die Wahlberechtigung
nur von einem sechsmonatlichen Aufenthalt in der
betreffenden Gemeinde abhängig gemacht. Da Berlin gleichzeitig
Erweiterung ist, veranlassen die Sozialdemokraten die vollständige Auf-
hebung der Beschränkung des Wahlrechts. Das wurde aber von
den übrigen Parteien abgelehnt. Die Kommunisten wandten sich
in der energischsten Weise überhand gegen jede Herabsetzung des
Gesetzes. Außerdem sieht die Vorbereitung für die Groß-Berliner
Gemeindevahlen die Einführung eines amtlichen Stimmzettels vor.
Nur die große Zahl ungültiger Stimmen möglichst zu vermeiden,
wird in Zukunft der für die Wahlen in den 20 Berliner Bezirken
abgegebenen Stimmzettel gleichzeitig für die Stadtverordnetenwahl
Gültigkeit haben, ohne daß eine besondere Erklärung des einzelnen
Wählers notwendig ist. Dadurch wird das Interesse der Zweitstimme
der Kommunisten Vertretung in Berlin augenblicklich etwas am-
pländische Wahlerfahren wesentlich vereinfacht.

Wort der Zeitschrift... die neueste Auflage des amtlichen...

Begrenzung der Rückzahlung von Lohnsteuern... deren Vorauszahlungen...

Aus der Jahreschau wird mitgeteilt: In einer von einer...

Vorverkauf der Eintrittskarten zur Landwirtschaftlichen Landesausstellung...

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten...

Erfurt-Weipzig in 32 Minuten! Das Junkers-Flugzeug...

Staatlicher Kraftwagenbetrieb. Am Donnerstag den 20. August...

Das Kammerfest findet in diesem Jahre vom 22. bis 27. August...

Witzreichtum in Nordböhmen. Der Regen der letzten acht Tage...

Einem kurzen Herbst sagen die Schwaben voraus. Aus Nord-England...

Feiertage in der schweizerischen Schweiz. Am Freitag voriger Woche...

Wegen eines Diebstahls in einem Wohnwäckerhaus war der 19-jährige...

Wort oder Selbstmord? In Welfen trieb am Sonntag eine männliche...

In der Höhe tödlich verunglückt ist vorige Woche in Dresden ein...

gahen wollte. Er fiel ins Wasser und war sofort verschwunden. Jetzt wurde...

Beim Strandfest ertranken. Bei dem am letzten Freitag stattgefundenen...

Kaschauer Selbstmord. Der am 30. Juli im Walde auf dem...

Pferdebich und Helfer festgenommen. Von der Kriminalpolizei wurden...

Zum Kraftwagen-Unfall auf der Karola-Allee. Der am 16. August von der...

Witwenruß. Von Erdmassen verschüttet wurde in einem Schuttbau...

Prof. Dr. Mölling

Lehrer an der Arbeiterakademie in Frankfurt a. Main

Spricht Sonnabend den 22. August, abends 7 Uhr, im großen Saale...

Die Eroberung des deutschen Staates durch das Unternehmertum

Der Redner, der nicht nur ein vorzüglicher Kenner des deutschen Wirtschaftslebens...

Parteinachrichten für Groß-Dresden

Die Kinderfreunde der Ortsgemeinde Laßwitz-Bühlow...

Gruppe Altstadt 3. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant Schulgäßchen...

Gruppe Altstadt 4. Freitag den 21. August, abends 7 1/2 Uhr...

Gruppe Altstadt 5 (Freizeitabend). Freitag, abends 7 1/2 Uhr...

Gruppe Altstadt 7. Freitag, abends 8 Uhr, im Veinert'schen Restaurant...

Gruppe Altstadt 8. Freitag den 21. August, abends 7 1/2 Uhr...

Gruppe Altstadt 9. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Komet...

Gruppe Altstadt 10. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Altstadt 11. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Altstadt 12. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant...

Bereins- und Versammlungs-Kalender

Präsident, Bezirk Dresden, Sonnabend den 22. August, 8 Uhr, im...

Gruppe Neustadt 3. Freitag den 21. August, abends 8 Uhr, im...

Gruppe Neustadt 6. Freitag den 21. August, abends 8 Uhr, im...

Gruppe Neustadt 5. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 4. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 3. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 2. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 1. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 10. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 9. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 8. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 7. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 6. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 5. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 4. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 3. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 2. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 1. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 10. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 9. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 8. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gruppe Neustadt 7. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant...

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftstongress in Breslau

Auf Verreiben der AFD. wird zur Zeit in verschiedenen größeren Betrieben versucht, besondere Delegationen wählen zu lassen, damit diese zur Tagung des Gewerkschaftstongresses nach Breslau reisen, um dort die kommunizierten Gewerkschaftsparolen wirksam zu vertreten. Dieses Beginnen zeigt wieder die von jener Seite gewöhnliche Verantwortungslosigkeit. Der Gewerkschaftstongress ist keine agitatorische Schauveranstaltung, sondern hat die Aufgabe, in erster Arbeit, während die Mittel und Wege zu prüfen, die zur Wahrung der gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft die geeignetsten sind. Die Bundesparolen regeln das Vertretungsrecht der in den Gewerkschaften vereinigten Arbeitnehmer, und der Kongress kann sich gar nicht auf Verhandlungen mit solchen Delegationen einlassen. Er muß auch zur Förderung seiner eigenen Aufgaben darauf verzichten und kann es um so leichter tun, weil die Gewerkschaften durch ihre Delegierten aus dem ganzen Reich vertreten sind. Die Entsendung von Betriebsdelegationen wäre deshalb eine ganz überflüssige Zeit- und Geldvergeudung, vor der zu warnen wir uns verpflichtet fühlen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Streit in Pforzheim geht weiter

Seit dem 11. Juli befinden sich im Gebiet der Pforzheimer Schmelzindustrie 24 000 Arbeiter im Streit, durch den sie der Generalüberbrückung durch die Arbeitgeber zuvorkamen. Nach langwierigen Verhandlungen war vor dem Reichsarbeitsministerium in Berlin ein Vergleich zustande gekommen, nach dessen Annahme durch beide Parteien am Montag, dem 10. August, die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte. Nach Ziffer 4 dieses Vergleichs verpflichtete sich der Arbeitgeberverband, seinen Mitgliedern zu empfehlen, die bestehenden tatsächlichen Stundenlöhne um denselben Betrag zu erhöhen, um den die Mindestlöhne für die einzelnen Arbeitergruppen und Altersklassen erhöht. Diese Verpflichtung ist vom Arbeitgeberverband nicht eingehalten worden, obwohl die Organisationen keinen Zweifel daran gelassen hatten, daß in Betrieben, die dieser Bestimmung nicht nachkommen, die Arbeit nicht aufgenommen würde. Nachdem infolgedessen am Montag die Arbeit nicht allgemein wieder aufgenommen wurde, beschloß der Arbeitgeberverband neuerdings, am vergangenen Freitag der gesamten Arbeiterchaft mit 14tägiger Frist zu kündigen. Zu gleicher Zeit bescharrten die Invalidenarbeiter im Streit, indem sie ohne Wissen und Billigung der Gewerkschaften eine neue Lohnforderung von 20 Prozent einbrachten. Die neue Komplikation in der Pforzheimer Industrie droht, den mit höchster Disziplin und Opferbereitschaft von der Arbeiterschaft zu einem erträglichen Ende geführten Kampf von neuem in vollem Umfang aufzukommen zu lassen. Die schwere Schädigung, die damit über die Pforzheimer Industrie und das gesamte Wirtschaftsleben kommt, ist in erster Linie auf die Disziplinlosigkeit in den Reihen der Arbeiterchaft zurückzuführen, da die Gewerkschaften bereit und in der Lage waren, eine Verständigung mit den Invalidenarbeitern herbeizuführen.

Tariffragen im Schuhmachergewerbe

Ein Antrag der Arbeiterkammerorganisationen vom Reichsarbeitsministerium dringendes Schiedsgericht fällte folgenden Schiedspruch:

I. Bei allen Zeitlohnarbeitern erhöht sich der tatsächliche Stundenlohn mit Wirkung vom 3. August 1925 für einen männlichen Arbeiter über 21 Jahre in Erstklasse I um 4 (vier) Pf. für die übrigen Orts-, Alters- und Geschlechtsklassen gestaffelt nach den Bestimmungen des Hauptvertrages vom 28. Februar 1924.

Der Mindeststundenlohn für einen männlichen Arbeiter über 21 Jahre in Erstklasse I beträgt demnach 70 Pf. Die Mindeststundenlöhne für die übrigen Orts-, Alters- und Geschlechtsklassen sind gemäß den Bestimmungen des Hauptvertrages vom 28. Februar 1924 zu stellen.

2. Der Durchschnittsstandesverdienst aller Affordarbeiter aller Sparten wird auf Grund des Verdienstes in der Lohnwoche vom 27. Juli bis 1. August d. J. — im Falle des Nichtarbeitens in dieser Zeit auf Grund der Verdienste in der vorhergehenden Lohnwoche — in ein prozentuales Verhältnis zur zahlenmäßigen Erhöhung des neuen Mindeststundenlohnes gegenüber dem bisherigen Mindeststundenlohn gesetzt. Im den so ermittelten Prozentsatz wird der seitdemige Affordlohn der Sparte erhöht. Berechnungsbeispiel wie in dem Verhandlungsprotokoll vom 22. November 1924.

Die Errechnung des neuen Affordlohnes hat möglichst schnell, spätestens bis zum 18. September d. J., zu erfolgen. Solange die Errechnung der neuen Affordlöhne nicht erfolgt, sind für die Affordarbeiter die Stundenlöhne (Zulagen — D. R.) des Punktes I dieses Schiedspruches zu zahlen.

3. Alle seit dem 31. März 1925 betrieblich oder betrieblich neuemittelt Lohnzulagen für die Zeit- und Affordlohnarbeiter werden ab dem 1. August d. J. dieses Schiedspruches behandelt. Zulagen bedingten; bei den Affordarbeitern sind diese Zulagen gemäß Punkt 12 dieses Schiedspruches mit umzusetzen.

4. Dieser Schiedspruch findet funktionsmäßige Anwendung auch auf die Heimarbeiter.

II. Den Parteien wird demgemäß empfohlen, sobald eine Vereinbarung über Darstellung einer gemeinsamen Erhebung über die Effektivverdienste zu schließen. Der Schlichter: gez. Bauer.

Nachtrag: Freit für die Erklärung der Parteien untereinander und nur gegenüber bis spätestens 18. August.

Die Arbeitgeberorganisationen der Schuhindustrie haben diesem Schiedspruch zugestimmt und die Betriebsdirektoren derselben bekräftigt.

Von den Tarifpartnern für das Schuhmachergewerbe im Reichslohn Sachverhalt war ein Schiedspruch des Schlichtungsamtes Dresden beiderseitig abgelehnt worden. Daraufhin fanden vor dem Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt, bei denen der Reichsarbeitsminister einen Einigungsversuch machte, durch welchen der Tariflohn vom 17. August an auf 77 Pf. pro Stunde festgelegt wird. Dieser Festlegung unterliegt eine bis Sonntag den 22. August betriebliche Zustimmungserklärung der Tarifpartnern. Die Schuhmachergewerkschaften von Dresden nehmen hierzu in einer am Donnerstag den 20. August im Volkshaus stattfindenden Versammlung Stellung.

Die Leipziger Bauarbeiter haben in einer Kräftigung mit 100 gegen 100 Stimmen den Schiedspruch abgelehnt. Ebenso haben die Arbeiter mit 126 gegen 21 Stimmen den Schiedspruch abgelehnt. — Wegen Lohn- und Tarifverhandlungen sind am Dienstag die Arbeiter der Lederwarenhersteller Leipzig in den Anstand getreten. Zugang ist ferngehalten.

Die rheinisch-westfälischen Dreijungsmonture haben nach langwierigen Verhandlungen vor dem Schiedsgericht in Dortmund einen vollen Erfolg erzielt, nachdem zahlreiche Firmen freiwillig die Lohnforderungen schon bewilligt hatten. Die neuen Lohnsätze sind nun auch durch Schiedspruch, der von beiden Seiten anerkannt wurde, funktioniert. Die Arbeit wird spätestens am Dienstag wieder aufgenommen. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Der

Die Ruhrstadt



Erklärungen: — — — — — Grenzen der Ruhrstadt, — — — — — Grenzen der Rheinisch-Westfälischen Provinz, — — — — — Städte u. Kanäle, — — — — — Grenzen der Kreis- u. Kreisfreie Städte

Ebenso wie Groß-Berlin eine Einheitsgemeinde geworden ist, entwickelt sich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, zwischen Duisburg und Dortmund, eine gleich große Einheitsgemeinde, für die bereits der Name „Ruhrstadt“ besteht, weil sie das Ruhrgebiet umfaßt, wo über zehn Großstädte sowie eine Reihe Mittelstädte und Industrieorte mit ihren Stadtgrenzen aneinanderstoßen. Häuft man von Duisburg bis Dortmund, 58 Kilometer ab, so beobachtet man den Zusammenhang, den bestehende Kartensätze darstellen, in der die Stadt Essen den Mittelpunkt bildet. Ein Hindernis bestand bisher an der Ervingrenze von Rheinland-Westfalen, die mitten durch dieses Gebiet geht.

Bereits 1900 verteilte sich in den damaligen fünf Kreis- und Kreisfreien: Dortmund — Essen — Recklinghausen — Bochum — Essen — Duisburg, die Bevölkerung wie folgt:

Stadt Essen	462 428	Wettrop	76 706
Landkreis Essen	150 914	Buer	98 575
Stadt Recklinghausen	69 394	Bladde	59 680
Landkreis Recklinghausen	208 634	Osterfeld	81 762
Stadt Bochum	156 863	Berne	65 608
Landkreis Bochum	138 548	Witten	44 930
Stadt Dortmund	318 245	Duisburg	272 080
Landkreis Dortmund	215 310	Dammorn	126 494
Stadt Gelsenkirchen	204 178	Wülheim	125 535
Landkreis Gelsenkirchen	150 394	Oberhausen	104 333
Stadt Görde	34 700	Esterade	50 304
Landkreis Görde	118 415	ein Teil d. Landkr. Düsseldorf	80 000

in Summa rund 3 300 000 Seelen.

Spitzenlohn beträgt 1,30 M. Das ist der Satz, den die Gewerkschaften gefordert hatten. Die Solidarität der rheinisch-westfälischen Dreijungsmonture hat also zu einem beachtenswerten Erfolg geführt.

Der Streit in der Sonneberger Spielwarenindustrie dauert an, nachdem Einigungsverhandlungen, die in Saalfeld unter Vorsitz eines Regierungsverträtters stattfanden, scheiterten. Die Arbeitgeber wollen lediglich eine Lohnzulage von 7 Prozent gewähren, die vom 30. September an auf 10 Prozent erhöht werden sollte. Der Regierungsverträtter schlägt eine Erhöhung von 10 Prozent bis 18. September und 12 1/2 Prozent bis 30. November vor. Das wurde jedoch von den Arbeitgebern abgelehnt. — Die in Sonneberg freilebenden Transportarbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen eine Zulage von 13 Prozent zugesichert worden ist. — Die Glasarbeiter in Steinhilber, Lauscha und Umgebung sind in den Streit getreten, da die Glasbläser-Unternehmer sich weigern, die durch Schiedspruch festgesetzten Tariflöhne zu zahlen.

Reichsrat, Kleinrentner und Sozialrentner

Die künftige Invalidenrente beträgt im Durchschnitt 24 M. monatlich. Damit können die Sozialrentner natürlich nie und nimmer leben, sie sind auf die Fürsorgeunterstützung angewiesen. Bisher aber hat die Fürsorge in den meisten Fällen die Gesamtrente auf die Fürsorgeunterstützung angerechnet, so daß die Invalidenrentner fast keine Vorteile von ihrer jahrelangen Beitragsleistung hatten. Das Verlangen der organisierten Invalidenrentner geht dahin, Teile der Rente freizulassen, damit sie über die Verdrängung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse hinaus noch Mittel zur Vorkostung ihres Lebensunterhalts haben. Die bürgerlichen Parteien brachten in das Aufwertungs-gesetz eine Bestimmung, wonach von den Einnahmen auf „aufgewerteten“ Kapitalien ein Betrag bis zu 2250 M. im Monat bei der Gemäßung von Fürsorgeunterstützung nicht angerechnet werden darf. Daraufhin verlangte die Sozialdemokratie, daß eine gleiche Bestimmung für die Sozialrentner getroffen werde. Diesem Antrag gab der Reichstag schließlich nach. Es wurde bestimmt, daß drei Viertel der Rente, aber nicht über 2250 Mark im Monat, bei der Anrechnung in der Fürsorge freibleiben sollten. Einbezogen sind nicht nur die Invalidenrentner, sondern auch die Unfall-, Angehörigen-, Erwerbslosen- und Anwartschaftsrentner. Wegen dieser vernünftigen Beschluß erbat der Reichsrat die Zustimmung der Reichsversammlung der Sozialdemokratischen Parteien zur Beratung gestellt. Das energische Eintreten der Sozialdemokraten bewirkte, daß Zentrum und Demokraten ihre Anträge zurückzogen. In namentlicher Abstimmung, die die Sozialdemokratie beantragte, wurde darauf der Einspruch des Reichsrates mit 271 gegen 77 Stimmen zurückgewiesen; 24 Abgeordnete hatten sich überdies der Stimme enthalten. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit zur Zurückweisung des Einspruchs des Reichsrates war also erzielt. Der Reichsrat hat sich damit nicht zufriedengegeben, sondern, nachdem der Reichstag aufeinandergegangen war, die Frage noch einmal angestreift und durch den Vertreter der Reichsversammlung erklärt, daß die Länder nicht imstande seien, den Reichslohnverzicht durchzuführen, da ihnen die erforderlichen Mittel fehlten. Was aber den Kleinrentnern recht ist, muß den Sozialrentnern billig sein. Die Länder haben im Absatz bei der Verabschiedung der Aufwertungs-gesetze keinen Einspruch gegen die Bestimmung zugunsten der Kleinrentner erhoben. Sie haben damit das Recht verweigert, jetzt gegen die Gleichstellung der Sozialrentner mit den Kleinrentnern anzurennen. Aufgabe der Reichsregierung muß es vielmehr sein, das neue Gesetz unverzüglich zu veröffentlichen, um das schwere Los der Sozialrentner um etwas zu erleichtern.

Das Mittelalter im Tiergarten

Unglaublicher Skandal auf einem Wohnungsmarkt. Im Vorwärts berichtet man folgendes unglaubliche Faktum:

Wir sind im Verlauf der sieben Jahre Republikabotage durch höhere und niedere Bürokratie mangelnd, in jedem andern Staat der Welt undenkbar Ausbreitungen reaktionärer

Beamten gewohnt. Das aber, was heute morgen das Berliner Tageblatt berichtet, ist so empörend, so unerhört, daß kein Wort der Kritik scharf genug scheint. Das offenbar eine unerträgliche Rechtsanarchie im Bereiche offizieller und nichtoffizieller Stellen.

Schäuplatz des mittelalterlich ammutenden Vorfalls ist das Wohnungsmarkt des Bezirks Tiergarten; das Opfer ein sich demütlich dort befindlicher jüdischer Rechtsanwalt. Da der Anwalt längere Zeit zu warten genötigt war, setzte er sich, wie üblich auf einen der dort stehenden leeren Stühle. Während dieser Zeit ein Herr — das Berliner Tageblatt bezeichnet ihn als einen in einem empfindlichen Vertreter jüdischer Oberklasse — auf ihn, beschimpfte ihn aufs unflätigste und brüllte, daß nur ein „Juden-dreckswein“ sich unterhalte, einen Stuhl einzunehmen, der ihm nicht angeboten sei. Dann rief dieser Komödiant den Anwalt von seinem Stuhl. Der Angegriffene wollte sich gegen den Menschen wehren und wurde sofort von einer Horde überfallen, die ihn wie wild mit Faustschlägen ins Gesicht überfiel. Das erste Mißgeschick das Blut über das Gesicht lief. Jetzt kam das ganz Unglaubliche: der dienftunfähige Beamte, der hier für Ordnung zu sorgen hatte, rief dem beschwerdeführenden Anwalt zu, daß er mit der Sache nichts zu tun habe und lief aus dem Zimmer. (1) Dieser farnage Herr, es soll der Stadtrat Waguhn sein (nicht Karan, wie das Berliner Tageblatt schreibt), Mitglied der Deutschen Volkspartei (11), verteidigt sich, um dem Skandal die Krone aufzusetzen, noch dazu, seinem Personal zu befehlen, den „Recht“ vor die Tür zu setzen und eventuell durch die Polizei herauszuschmeißen zu lassen. Die anwesenden Wohnungsbeamten äußerten über den Vorfall ganz unverständlich ihre helle Freude und ließen auf den Gang, wo sie das Publikum intensiver beobachteten, um ihre Infaust dargulegen. Der farnage mißhandelte Anwalt ging zum Zentralwohnungsmarkt, um den einzig bestehenden Fall zur Sprache zu bringen. Das erklärte sich unzulässig. Dann wandte er sich zur Polizeidirektion. Dort sagt man ihm unerschämterweise, und das charakterisiert das empörende Verhalten gewisser Polizeioffiziere ganz unübersehbare, er solle direkt zum sozialdemokratischen Minister Genesing gehen, wofür er auf Verlangen zu rechnen habe. Als: offener Schand, offene Schmähung zu rechnen, die der preussischen Minister des Innern. Der Vorsitzende der Polizeidirektion weigerte sich überhaupt, den Anwalt zu empfangen, der Kriminalkommissar vom Dienst lehnte es ab, die wesentlichen Angaben des Mißverhaltens zu protokollieren zu bringen und tat es schließlich mit höhnischen, verletzenden Randbemerkungen.

Wir geben kaum fehl, wenn wir diese Hoffnungen der Hege, wie sie die deutschnationale Presse — siehe auch Freiberger Anzeiger — täglich betreibt, aufschreiben.

Briefkasten

6. W. Der Preis für 1 Kubikmeter Gas — ganz gleich, ob Koch- oder Leuchtgas — ist zur Zeit bei der Stadt Dresden 17 Pf. Von 1 Kubikmeter Gas soll ein normaler Gasglühbirnenbrenner etwa 2 1/2 Stunden brennen. Doch sind das Angaben, die sich auf neue, gut funktionierende und nicht schließende Apparate vornehmen. In alten Apparaten können ganz wesentliche Mängel vorkommen. 1 Kilowattstunde elektrisches Licht kostet 45 Pf., davon brennt eine Glühbirne von 25 Kerzen, d. i. gleich 30 Watt, genau 33 Stunden. Dabei kommt es natürlich auch sehr auf die Art der Glühbirne an. Metalladendlampen neuerer Art brauchen viel weniger Strom als eine alte Kohlenadendlampe. Den Verbrauch kann aber sehr leicht fest für Gas und Licht für die besonderen Verhältnisse einer Wohnung nachkontrollieren, indem man die Glühbirne und der elektrische Zähler abgelesen werden und dann nach einer Stunde die Differenz der beiden Anzeigen ist der Verbrauch, den der dann mit dem Preis für die Einheit multipliziert.

W. 100. Sind Sie in Galizien geboren, so sind Sie Oesterreicherin und nicht Polin. Auch als jene können Sie ausreisen werden, wenn Sie sich „lählig“ machen. Immer vorausgesetzt, daß Sie unehelich sind. Die verheiratete Frau nimmt die Nationalität des Mannes an, die sie auch durch nachherige Ehescheidung nicht wieder verliert.

W. 578. Da die ärztliche Untersuchung zwecks Bewilligung eines Heilurlaubes im Interesse des Versicherten liegt, besteht kein rechtlicher Anspruch auf Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung. Die Landesversicherungsanstalt erlegt nur das Jahrgeld.

Sport • Spiel • Körperpflege

Vereine des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Durch den Dresdner Sportverein ist eine Kassenanleihe nach Deutschland verpfändet worden. Die Spielgenehmigung hierzu ist vom Bundesvorstand nicht erteilt.

Spiele mit ausländischen Organisationen, die der Vuzerner Sportinternationale nicht angehören, können nur nach vorheriger, beschreibender Verhandlung vom Bund genehmigt werden.

Der Bundesvorstand, C. Wolff. Der Bundesfußballausschuß, R. Kiebel.

Vom Nationalkoffer befallen

Es gibt im heutigen Deutschland keine deutsche Republik, immer noch Deutschen, die in so etwas wie nationale Ehre verfallen, wenn sie das Wort Arbeiter hören oder lesen.

Die Erinnerung an die erste Arbeiter-Olympiade Frankfurt am Main, 28. Juli 1925.

Bundesfeier Leipzig, Reichstraße 38, Männerklasse und Turnerinnen.

Plaschenspieler sind so wenig zuverlässig, wie die national-jüdischen Plauschreiter, die am ersten sich in Sicherheit bringen, wenn es kritisch wird.

Folgende Karte zeigt vom Kochen der treudeutschen Seele: Bundesfeier, Männerklasse in Leipzig.

Wir haben Ihre Plakate am 20. Juli aufgeführt und müssen Ihnen leider die Mitteilung machen, daß dieselben die falsche Adresse gerufen ist.

Den Helden am Rhein scheint die Arbeiter-Olympiade schwer im Magen zu liegen. Diese Bestimmung hat wohl auch auf den Grippekranken der Deutschen gewirkt.

Wir sind der Meinung, so äußert sich die Arbeiter-Turnzeitung, daß es für den Rhein eine Schande ist, solche Gesellen, wie die fünf Rheinländer, auf sich heranzulassen lassen zu müssen.

Rheinländer! Deutschland über alles!

Den Helden am Rhein scheint die Arbeiter-Olympiade schwer im Magen zu liegen. Diese Bestimmung hat wohl auch auf den Grippekranken der Deutschen gewirkt.

Wir sind der Meinung, so äußert sich die Arbeiter-Turnzeitung, daß es für den Rhein eine Schande ist, solche Gesellen, wie die fünf Rheinländer, auf sich heranzulassen lassen zu müssen.

Internationale Arbeiterpost

Als Ersatz für die Frankfurter Olympiade, zu der die ungarischen Genossen aus finanziellen und sonstigen Gründen nicht kommen konnten, veranstalteten sie zur gleichen Zeit leichtathletische Wettkämpfe und ein Turnfest in Budapest.

Der belgische Bundesausschuß für Leichtathletik ließ die letzten Wettkampfskämpfe austragen. Im 200-Meter-Lauf gewann Vanderbeeken.

Am 8. August gab es leichtathletische Wettkämpfe in Brüssel, Gand und Lemappe, wobei eine Reihe in Frankfurt auswesende Sportler teilnahmen.

Am 12. September wird in Roubaix (Frankreich) anlässlich des 25jährigen Jubiläums der dortigen Straßenbahnwerkstatt ein Fußballspiel zwischen einer Auswahlmannschaft des französischen und des belgischen Arbeiterpostbundes ausgetragen.

Das Bureau der Vuzerner Sportinternationale hat auf den 31. Oktober, 1. und 2. November einen Kongreß nach Paris einberufen.

Erstmaliges Treffen der besten russischen Auswahlmannschaft gegen „Dresdner Sportverein 1910“, Bundesmeister 24-26, im Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Beziehungen und die Einheit der Arbeiterpostbewegung, Propaganda und Presse, die Arbeiterpostfest in Bern und Wien 1925, Mitglieder des Bureau, — Gleichzeitig werden die internationalen russischen Kommissionen tagen.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Zum Männer- und Frauenturnen Treffen 23. August, mittags, im Saal (Erdgeschoss 15), Amarsch 12 Uhr (durch den Reichsplatz mit Freilichtgymnastik, Gerüstturnen, vollständigen Wettkämpfen und Kampfsportarten in Tausenden).

teiligten sich das Mitglied des indischen Parlaments, S. R. Joshi, und das Unterhausmitglied Robert Smilie. Die Palästinafragen wurden zur Vorbereitung einer Resolution einer Kommission überwiesen.

Jugendliche Verbrecher

In Otterndorf bei Stade überfiel der 16jährige Sohn eines Kesslers aus Krefeld, der wegen schlechter Schulzeugnisse von Hause fortgelaufen war und sich auf die Wanderschaft begeben hatte, in einem Wälderchen die Frau des Bäckermeisters. Er verfehlte ihr einen heftigen Schlag auf den Kopf und verlor sie erbeutend. Auf ihre Hilferufe eilte ihr Mann herbei und nahm den Jungen fest. Er wurde ins Gefängnis gebracht.

In Kofesmezo in der Tschechoslowakei hat der 15jährige Michael Fabian seinen 50jährigen Vater mit einem Holzknüttel erschlagen. Er war spät abends noch Hause gekommen und hatte bemerkt, daß der Vater im beschriebenen Zimmer war. Nach vollzogener Tat begab sich der junge Mann in seine Kammer und schlief ruhig bis zum Morgen.

Die jüdischen Arbeiter in Palästina

Nach den Mitteilungen der Reichshauptstelle für Kultur- und Wirtschaftsprüfung (RHKW.) beträgt die Gesamtzahl der jüdischen Arbeiter in Palästina gegenwärtig rund 15 000. Hierunter sind 5600 in der Landwirtschaft tätig und 9300 im Bauwesen, 2640 in der Industrie, 1100 bei öffentlichen Arbeiten, 1040 bei Transportarbeiten und 850 in verschiedenen anderen Betrieben.

Pantherjagd in Paris

Ein 9 Jahre alter Panther ist am Sonntag aus dem Pariser Zoologischen Garten entflohen und hat sich, wie man glaubt, ausgerichtet in den Bois de Boulogne geblüht. Nachmittags hat man mit dem Abschluß des Waldes begonnen. Eine Streife, die von Polizisten und Revolverwehren begleitet wurde, ist erfolglos verlaufen. Inzwischen sind über 100 Schulleute aufgebildet, die nach dem Tiere ein förmliches Kesselreihen veranstalten. Die Jagd wurde, wie man uns weiter berichtet, noch in der Nacht fortgesetzt. Einmal erlitten mehrere Revolverwunden, und einer der Schützen behauptete, das Tier aus einem Vertikal hervorbrechen gesehen zu haben. Das entwichene Tier wird von der Direktion des Zoologischen Gartens als sehr wild bezeichnet. Es ist vor kurzer Zeit erst in Westsibirien gefangen worden.

Rundfunk

Spielplan des Berliner Senders für Donnerstag, 20. August. 5-6,30 Uhr: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. 7 Uhr: Hans Thielmann-Schule (Bildungsreihe). Abteilung Technik. Teil: Jung. Abend: Stahl und Edelstahl. 7,45 Uhr: Erna Krumbold: Rundfunk durch Alt-Perle (2. Vortrag). 8,30 Uhr: Konzert. 10 Uhr: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitangabe, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Zirkusdienst. 10,30 bis 12 Uhr: Langmusik.

Spielplan des Dresdener Senders, Donnerstag, 20. August. Wirtschaftssendung. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Holz- und Baumwollpreise; amerikanische Metallmelungen des Vortages. 4 Uhr: Landwirtschaftliche, Baumwoll-, Weizen-, Berliner Metalle amtlich Del. Holz. 6 Uhr: Wiederholung. Vortages Metalle amtlich, Hamburger Metalle amtlich. 6,15 Uhr: Fortsetzung und Mitteilungen des Leipziger Reichsanth. für Handel- und Industrie. Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussagen der Wetterstation Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagmusik auf der Musikschule-Rundfunk. 12,30-1 Uhr: Neuerer Zeitungen. 1 Uhr: Vorträge und Vorträge. 4,30-6 Uhr: Nachmittagskonzert der Rundfunkkapelle. 6,30-6,45 Uhr: Steuerkundfunk. 7-7,30 Uhr: Vortrag, Studienrat Weinmeister, Rektor für Stenographie an der Universität Leipzig: Der stenographische Dienst in den Parlamenten. 7,30-8 Uhr: Vortrag, Gustav Herrmann: Martin Luthers Tischreden. 8,15 Uhr: Sinfoniekonzert. Dirigent: Alfred Schindler. 8,45 Uhr: Konzertmeister Fritz Demig (Violin). Das Leipziger Sinfoniekonzert. Aufsteigend (etwa 10 Uhr): Presbiterien und Sinfoniekonzert.

Aus aller Welt

Das Weltrennen der Diamantengruben

Ungeordnete Szenen spielten sich ab, als die neuen Diamantenfelder bei Bloemhof in Transvaal dieser Tage offiziell der Ausbeute freigegeben wurden. Mehr als 1000 Läufer standen mit ihren selbst getragenen Schürfbestellungen in breiter Startlinie bereit, um auf das gegebene Signal die Jagd nach dem Glück anzutreten. Als dieses Signal durch einen großen britischen Weidwerber, die ausnahmslos im Sportdreh der Weltläufer mit den dazu gehörigen, mit spitzen Nägeln versehenen Schuhen erschienen waren, auf die Meise. Ältere Männer, denen die Aussicht verschlossen war, beim Rennen platziert zu werden, hatten sich jugendliche Leichtathleten engagiert, die an ihrer Stelle liefen und mit lauten Zurufen ins Rennen geschickt wurden. Hinter der wild vorwärtsstürmenden Männerherde folgten die Frauen und Kinder, die sich, sobald der Wette und Wette einen günstigen ersehenden Platz erreicht hatte, sofort dort niederließen, um das Bestreben zu wahren. Als Sieger ging der internationale Weltläufer Richard Herber, der an Stelle eines fröhlichstehenden Soldaten lief, den sein Holzbein von der eigenen Körperung ausließ. Der Soldat war nicht wenig froh, daß sein Gefährte für ihn das Rennen gewonnen hatte. Innerhalb weniger Stunden war wie durch Zauberhand bei den Schürfbächen ein Dorf entstanden, einschließlich von Leuchttürmen, Kinotheatern, Tanzlokalen, Billardhäusern, Arcadefest, Leuchttürmen und allem andern Zubehör eines Kammelschloßes. Ein Glücklicher hatte am ersten Tage bereits einen 23 Karat schweren Diamanten gefunden, der bei der Versteigerung einen Erlös von 350 Pfund Sterling erbrachte.

Die Arbeiterfrage in Palästina

Infolge der fortschreitenden Industrialisierung in Palästina beginnt die englische Öffentlichkeit sich lebhafter mit der Arbeiterfrage in Palästina zu beschäftigen. Wie wir den Mitteilungen der Reichshauptstelle für Kultur- und Wirtschaftsprüfung (RHKW.) entnehmen, wurde auf dem letzten in London tagenden Kongreß der englischen Arbeiterpartei, an dessen Verhandlungen als Vertreter der palästinaischen Arbeiterpartei Ben Gurion, Ben Zwi und Dr. Arlosjoff teilnahmen, die Frage über die Lage der Arbeiter in Palästina ausgiebig erörtert. Ben Gurion übermittelte die Forderungen der palästinaischen Arbeiter, die in der Hauptsache gipfelten in: 1. Regelung der Beschäftigung über Länge des Arbeitstages, Mindestlohn, Arbeiterversicherung; 2. Aufhebung der Einwanderungsbeschränkungen; 3. Nationale Autonomie für Juden und Araber. An der Debatte über diese Forderungen be-



Freie Ferien sind nur denen beschieden, die Mund und Zähne täglich pflegen mit Rosodont Zahnpaste. Rosodont-Mundwasser. In. 25 Pf. 1/2 Liter. Rosodont-Zahnbürste. 1/2 Liter. A.H.A. Bergmann, Waldheim, Sa.

Rußland - Deutschland

Erstmaliges Treffen der besten russischen Auswahlmannschaft gegen „Dresdner Sportverein 1910“, Bundesmeister 24-26, im Arbeiter-Turn- und Sportbund. Sonnabend den 22. August, nachm. 1/6 Uhr, Stadion Dresden-Ost, Varensteiner, Heptelstraße. Nur ein Spiel in Deutschland! Trotz hohen Kosten mäßige Preise!

Eintrittskarten im Vorverkauf 50 Pf., zu haben: Vereinsheim, Trichau-Schänke, Volkshaus Dresden-Ost, Kaufhaus, Friseur Proffe, Köttau: Kaffee Wiedersch, Kesselsdorfer Straße.



Fernruf 25 881 und 24 831

Öffentliche Arbeitsnachweis Dresden und Umg.

Industrie und Handwerk:

sucht: Jüngere Konstruktoren f. Maschinen u. Schrottm...
empfehl: Aseleure, Leiter und Maschinen, Elektromonteur...

Abteilung für Hausangestellte

sucht: Hausmädchen, jüngere und ältere, in feste und Tagesstellen...
Hauptstelle: Johannisstraße 18: Öffnet von 8 bis 6 Uhr

Tausch-Wohnung: 2 Zim., 2 B., Küche in...
Herren! ermöglicht Herrenferien...



Zigaretten-Packerinnen

werden eingestellt
Zigarettenfabrik Richard Greiling A.-G.
Kossener Straße 1

Gute preiswerte Waren Bettwäsche

- 1 Bezug, 2 Kissen, prima Vinon . . . 9.00
1 Bezug, 2 Kissen, 1a Stangenleinen 14.50
1 Bezug, 2 Kissen, prima Tamall . . . 17.50

Tischwäsche

- 1 Tischstuch, Tamall, 130/130 cm . . . 3.60
1 Tischstuch, Tamall, 130/160 cm . . . 4.30
1 Tischstuch für 12 Personen . . . 12.50

Wäsche-König

1. Breite Str. 3

Jüngere Arbeitsmädchen

bis 18 Jahre
bis sofort gesucht
Schleimig u. Hanje, Metallwarenfabrik
Lößtauer Str. 30. 10290

Knorr Suppentwurst

verfügt in der heißen Jahreszeit das milch-lame Kochen und gibt 6 Teller hochfeine, kräftige Suppe.

Bieschen.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung (ämtl. Parteiliteratur u. dergl.)

Annahme von Zuschriften u. Druckaufträgen.
Paul Welsch, Stöcker Str. 12. bandlana

Tip-Top

ersetzt die chemische Reinigung denn es reinigt Stoffe aller Art, Seide, Wolle, Baumwolle, Spitzen, Vorhänge usw.

Tip-Top

reinigt Herrenanzüge, Mäntel usw. ohne Entfernung des Fatters und Besatzes.

Tip-Top

greift die Gewebe nicht an, es reinigt weiße und farbigen Stoffe jeder Art.

Tip-Top

wird ohne Feuer, ohne Seife ohne Heizen ohne Salzwass verwendet. Es macht wirklich Freude und soll in keinem Haushalt fehlen.

Tip-Top

Preis Mk. 1.20 pro Paket, genügend für einen ganzen Herren-Anzug oder für mehrere kleinere Stücke.

W. Rosberg, Hartenstein i. Sa.

Verkaufsbüro der Fluxwerk A.-G., Chemische Fabrik.

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz A.-G. / Zweigniederlassung Dresden

Aus dem Gebirge, von der See

Vorratsschrank und Speisekammer leer Zur Wiederauffüllung der Vorräte empfehlen wir:

Zucker

Feinen gemahlten Melis Pfd. 40 Pf.
Spar- u. Normal-Würfelzucker Pfd. 44 Pf.

Röstkaffees

in Güte, Aroma und Ausgiebigkeit unübertroffen:
Santos-Mischung . . . 1/4 Pfd. 70 Pf.
Haushaltmischung . . . 1/4 Pfd. 80 Pf.
Mischung II . . . 1/4 Pfd. 90 Pf.

Sorgsamst zusammengestellte, ausgiebige, hocharomatische Tee-Mischungen 1/2 Pfd. von 100 Pf. an



Kakao

in unserer eigenen Packung ganz besonders zu empfehlen

Pfund-Paket 85 Pf.

Billigere Sorte Pfund 60 Pf.
Hafermehl-Kakao Pfund 60 Pf.

Die ersten neuen Riesen-Linsen Pfd. 60 Pf.

- Weizenmehl 000 Pfd. 23 Pf.
Feinstes Auszug-Mehl Pfd. 26 Pf.
Kaiser-Auszug-Mehl Pfd. 29 Pf.
Kartoffelmehl Pfd. 28 Pf.
Weizengriess Pfd. 29 Pf.
Schnittnudeln Pfd. 36 Pf.
Hartgriess-Makkaroni Pfd. 52 Pf.
Haferflocken Pfd. 29 Pf.
Grobkörn. Bruchreis Pfd. 20 Pf.
Rangoon-Vollkornreis Pfd. 25 Pf.

Schweineschmalz bestes nordamerik. Purelard Pfd. 113 Pf.

- Rinderfett Pfund 70 Pf.
Kokosfett Pfund 70 Pf.
Palmin Pfund 85 Pf.
Margarine Pfd. 68 Pf.
die guten Boomerschen 85 Pf.
Marken 94 Pf.

Bestes Tafelöl lose Pfd. 85 Pf. Flasche 65 und 100 Pf.

Einlege- stärkster Speiseessig Liter 30 Pf. rötlicher Tafellessig Liter 40 Pf.

Essig: feinsten Weinessig Liter 60 Pf. Elbs Essig-Essenz Flasche 160 Pf.

Einlege-Gewürze: Kanneel, Senfsaat, Piment, schwarzer und weißer Pfeffer, Nelken, Ingwer, Kümmel

Matjes-Heringe

das Beste, was in dieser Saison gefangen wurde Pfd. 90 Pfennig, Stück etwa 40 Pfennig

Neue Vollerheringe

sehr großstückig und sehr zart Pfund 60 Pfennig, Stück etwa 18 bis 20 Pf.

Gutkoch. neue Kartoffeln 10 Pfund 50 Pfennig

Sehr wohlschmeckende neue saure Gurken Stück 13 Pfennig

Vorzügl. diesj. Sauerkraut Pfund 12 Pfennig

Ein großer Posten Armour's Fleisch-Extrakt 1/4-lbs.-Topf nur 85 Pf.

Armour's Fleisch-Extrakt ist dem von Uebig an Güte gleich, kostet aber etwa nur die Hälfte, derselbe ist daher besonders preiswert!

- Kösliner Leberwurst Pfund 100 Pf.
Holst. Zervelatwurst Pfund 300 Pf.
Dörrfler-Würstchen Dose 165 Pf.
Corned beef 1 lbs.-Dose 80 Pf.
Räucherlachs Dose 150 Pf.
Appetitsild feinste Ware Dose 75 Pf.
Gabelbissen Dose 100 Pf.
Vollsaft. Schweizerkäse Pfd. 220 Pf.

Himbeersaft hochfein und aromatisch lose Pfund 80 Pf. Flasche 110 Pf.

Apfelwein 1/4 Flasche 50 Pf. ansschl. Steuer

Für den vollen Einkaufswert verabfolgen wir Einkaufsgutscheine, die am Jahreschluss mit

6 Prozent Rückvergütung

in bar ausbezahlt werden.

enden. 20
Stellung
Zum E
Besler Brau
Vorstandes
arbeiten, un
bestimmte
und eine
gegeben.
dara (Kuch
angestellte
unweib.
Landung.
statistik no
Angelstaus
zu den
und Ugra
aus dem
ber und
ationen der
den. Gleich
halb des B
werden.
franken. D
Parteiemo
angabten
Betrachtung
möglich zu
einander
hoch-Celzig
Organ zur
ausweilt"
"ausgerit"
Gewinnung
ationsmater
die eine
hischen und
insbesondere
tion und
Göppingen.
Bergarbeit
halten.
Chemist. D
"Zeit" als
Bergarbeit
ausgeben
wert darauf
aus der Pro
zu bringen.
gemäß ein
Berkt Berlin.
mit den Ziel
fassen, die
eller Kritik
Berlin. Bei
Vorstand geh
organisation
Berlin. Bei
Reichs- und
Nichtorganis
nach Prüfung
den und dem
Berkt Berlin.
nein Gemein
lang und Ver
Vollheringung
Gründungs
vorbereiten
Mitteln. Der
tionen vertret
weisen Parteien
in diese Inzw
ist zu einer
schen.
Göppingen.
soll in hö
einem größere
Gewerkschaft
Breslau. Alle
werden ausge
sicheres zugunste
den.
Alle. Die Mit
nehmungen,
siche Funktionen
einander mit
Mittelnburg i.
nein Wirten
nehmungen
Parteimitglied
genannten
restlos den in
den.
Berkt Berlin.
wie Reichs-
parteilichkeit
Parteilorganisa
Unterbesitz
unabhängigen
entlang eines
Bannener. Der
Vollheringung
die Vollhering
die Industrie her
Bad Sulzungen.
den zu einem
Frankfurt a. M.
mit dem Bundes
ist fortiger Ein
den Parteimitglie
den Bundespart
gehörigen Teite
stärkung des
hoch-Celzig.
zu beantragen,
Reform der
einheitliche
die öffentliche

München. Die Sozialdemokratische Partei hält fest an der Gegnerschaft gegen die Kasernierung der Prostituierten und begrüßt, daß der neue Strafgesetzbuch die Besserung strafrechtlich

München. Der Parteitag wolle beschließen: Der Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages zu §§ 218 und 219 ist unbeschadet der kommenden Strafrechtsreform zur gesetzlichen Wirksamkeit zu bringen.

München. Die verschiedenen großen und kleinen Prozesse, welche in letzter Zeit unter der Antike, Verbrechen wider das teimende Leben, basierend auf §§ 218 und 219 des Reichsstrafgesetzbuches durchgeführt wurden, haben in der Urteilsprechung die Härten dieser Paragraphen wieder klar bewiesen. Die Angeklagten waren meistens Angehörige der unteren Volksschichten. Der Sozialdemokrat als Vertreterin des schaffenden Volkes erwacht hiermit die Aufgabe, die Ungeheuerlichkeiten dieser Gesetzesparagrafen zu beseitigen. Der Parteitag beauftragt deshalb die Reichstagsfraktion erneut, im Reichstag auf Beseitigung der Härten dieser Paragraphen zu dringen und nicht unternimmt zu lassen, bei der kommenden Neugestaltung dieser Gesetzesparagrafen diese ungeheuren Härten aus dem Gesetze zu streichen.

München. Die gesetzliche Regelung der Ausführungsbestimmungen des § 48 der Reichsverfassung steht bis heute noch aus. Die jetzige Reichsregierung, in welcher die Deutschenationalen tonangebend sind, birgt eine ungeheure Gefahr in sich, bei einer eventuellen Handhabung des § 48 der Reichsverfassung ohne gesetzliche Ausführungsbestimmungen. Der Parteitag der SPD. wolle deshalb beschließen: Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist erneut zu beauftragen, baldmöglichst dem Reichstag eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, in der die Ausführungsbestimmungen klar festzulegen sind.

Schleswig. Der Anschluß Groß-Oesterreichs an Deutschland ist mit allen Mitteln zu erstreben.

Schleswig. Heruntersetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre, Ausbau einer vernünftigen Erwerbslosenversicherung.

Schleswig. Die Beseitigung der Paragraphen 218 und 219 ist mit aller Macht zu erstreben.

St. Gallen (Schweiz). Der Reichsparteitag wird beauftragt, darauf hin zu wirken, daß die Wirtschaft für Arbeiter, Beamte und Gewerbetreibenden genau in derselben Weise wie für die Landwirtschaft ermäßigt wird.

Der Parteitag der SPD. erkennt die Unmöglichkeit, auf dem bisherigen Wege dem Recht zum Siege zu verhelfen, weil im jetzigen Parlament die Parteien in der Mehrzahl vertreten sind, welche die Verbannung des Volkes entweder direkt begünstigt oder geduldet haben. Auch in einem späteren Reichstag wird das nicht viel anders sein, denn die vorkommenden Parteien werden es abermals vertehen, durch allerlei Betrugsmanöver, durch Verwendung von monarchistischen, nationalen und religiösen Auswüchsen Millionen von Dummheiten einzufangen. Als einzig aussichtsreichen Weg sehen wir daher den Volkswahlkampf über das Volksbegehren an, weil hierbei die vorerwähnten Momente nicht zur Irreführung benutzt werden können.

Wir verlangen die Generalabrechnung mit Kriegs- und Anstaltsangehörigen. In einer Zeit, in der Millionen von Volksgenossen Gut, Blut und Leben fürs Vaterland eingesetzt haben, darf es keine Menschen geben, die ihr Vermögen ins Ungeheure vermehrt und als Belohnung für ihre Strapazierhaftigkeit heute aufgefördert werden, sich weiter zu bereichern, damit neues Kapital gebildet wird. Wenn aus volkswirtschaftlichen Gründen Kapitalneubildung stattfinden muß, so soll es gemeinnütziges Kapital sein, das nicht der Ausbeutung, sondern dem Volksganzen dient und das durch die Art seiner Verwendung nicht wieder neue imperialistische Katastrophen heraufbeschwört.

Wir verlangen: 1. Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft bis zum 1. Januar 1935 unter Begrenzung der Miete auf Vorkriegeshöhe und an Stelle der Mietzinssteuer die Belastung sämtlicher Mietwohngrundstücke mit einer Reichshypothek in Höhe von 50 Proz. des Wertes vom 1. Januar 1914 bei einer Verzinsung von 6 Proz.

2. Aller Landbesitz über 1000 Morgen, der sich in den Händen einer Familie befindet, wird von Reichs wegen enteignet. Die prozentual auf die abgetretenen Grundstücke entfallende hypothekarische Belastung wird vom Reich übernommen, soweit sie vor dem 1. Januar 1926 eingetragene war. Für den übrigen Boden Annahme des Bodenreformgesetzes des Bundes Deutscher Bodenreformer und Durchführung des sozialdemokratischen Agrarprogramms, beschleunigte und preiswerte Beschaffung von Siedlungsland, verbesserter Nachschub, Eindämmung der Boden Spekulation, Grundversteigerung nach dem nackten Bodenwert mit Staffelform wie in Anhalt, Schonung der kleinen und mittleren Besitzer, schnelle Erfassung des Großgrundbesitzes, Einziehung aller Schlösser und größeren Landhäuser, soweit sich mehr als eins im Besitze einer Familie befindet. Ueberweisung derselben an die Träger der deutschen Sozialversicherung zur Errichtung von Kinder-Erholungs- und Wohnheimen.

Für Frauen außerdem Einziehung des gesamten Höhenoberflächens einschließlich des Lebens Oels und Zahlung einer wöchentlichen Rente bis zum Ableben der heute lebenden Höherollern.

3. Alle von industriellen Betrieben, Banken, Versicherungs- und anderen Gesellschaften durch Geldentwertung gemachten Gewinne werden für das Reich erfaßt. Von dem gesamten Wert aller Aktiengesellschaften werden 25 Proz. dem Reich durch Ausbändigung von neuen Aktien übertragen, die mit den älteren gleichwertig sind. Bei allen Neugründungen und Kapitalvermehrungen sind dem Reich 25 Proz. zum Kauf anzubieten einschließlich aller Vorzugsaktien. Sinngemäß gleichartige Bestimmungen für Kommanditgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Einzelfirmen mit größerem Kapital usw. Erforderlichenfalls Zwang zur Körperschaftsbildung.

Vermögensabgabe. Alle Personen, welche nach Durchführung obiger Maßnahmen noch über ein Vermögen von mehr als 30 000 Goldmark verfügen, ziehen eine genaue Aufstellung ihres gesamten Vermögens ein, in der reines als Vermögenssteile aufzuführen sind. Im Auslande gelegenes Vermögen und der gesamte Besitz an ausländischen Stellen, Wertpapieren und Geldern sind getrennt aufzuführen. Auf verlangen müssen alle Gegenstände zum selbst eingeschätzten Werte angegeben werden.

Da die Mehrheit des deutschen Volkes ungeheure Opfer gebracht hat und weiter bringt, sollen diejenigen, die verhältnismäßig günstig geschneitten haben, durch eine Ausgleichsabgabe herangezogen werden. Die Vermögenssteile bis zu 40 000 Goldmark bleiben abgabefrei, von dem überschüssigen Teil verbleibt dem Besitzer ein bestimmter unbeschränkter Teil bis am 1. Januar 1914 versteuerten Vermögens. Als Basis werden auch die Vermögenssteile behandelt, die seit diesem Jahr ererbt werden, vom Erbschaftsteuer aber am 1. Januar 1914 vererbt worden sind, wenn dieselben zur Erbschaftsteuer angemeldet sind.

Von dem Vermögensteile von 40 000 bis 200 000 Goldmark verbleiben dem Besitzer 50 Proz. des am 1. Januar 1914 versteuerten Vermögens.

Von dem Vermögensteile von 200 000 bis 1 000 000 Goldmark verbleiben dem Besitzer 10 Proz. des am 1. Januar 1914 versteuerten Vermögens.

Personen, die am 1. Januar 1914 mehr als 1 000 000 Mark versteuerten, behalten 20 Proz. des damals versteuerten Betrages. Der überschüssige Teil muß innerhalb eines Jahres an das Reich abgeführt werden. Können Vermögenssteile, die auf Grund des Gesetzes abzuführen sind, zur Weiterführung eines Gewerbes oder Berufes nicht entbehrt werden, so verbleiben sie dem bisherigen Eigentümer auf Antrag und nach Prüfung als ein Darlehen des Reichs, das mit 3 Proz. zu verzinsen und mit 2 Proz. zu amortisieren ist. Nach dem Tode des Schuldners kann die Restsumme an Erben nötigenfalls zur Weiterführung eines Betriebes als Dar-

lehen überlassen werden, jedoch nur gegen eine Verzinsung und Amortisation von je 5 Proz.

Wohlfahrtspflege und Sozialversicherung. Die öffentliche Wohlfahrtspflege wird mit Erwerbslosenfürsorge, Kriegsopferversorgung und der zu vereinheitlichenden Sozialversicherung zusammengefaßt. Alle Personen mit weniger als 3000 Goldmark Jahreseinkommen zahlen an Stelle der bisherigen Einkommensteuer und der Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge eine Sozialsteuer, die 10 Proz. vom gesamten Einkommen des Arbeitnehmers beträgt. Der Arbeitgeberbeitrag ist ebenso hoch, dafür fallen die Beiträge zur Unfallversicherung fort, mit Ausnahme eines Zuschlages für Betriebe mit besonders hohen Unfallrisiken. Personen mit mehr als 3000 Mark Jahreseinkommen, die der Sozialversicherung nicht freiwillig als berechnigte Mitglieder beitreten, zahlen 5 Proz. ihres Einkommens als Sozialsteuer ohne Gegenleistungen.

Verwendung der jährlich einkommenden Weider. 1. Zur Zahlung von Renten an diejenigen Inflationsoffer, die bei der bisherigen Aufwertung zu wenig erhielten, daß sie davon nicht ein menschenwürdiges Dasein führen können.

2. Zur Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms. 100 000 neue Wohnungen im Jahre 1927, steigend um jährlich 10 000 bis zu 200 000 im Jahre 1937. Familien mit zwei und mehr Kindern und mit weniger als 300 Mark Monats-einkommen erhalten für Heimstättenbau Tilgungshypotheken in Höhe von 10 000 Mark, die bei regelmäßiger monatlicher Rückzahlung zinsfrei sind. Das gleiche gilt für Familien mit einem Kind bei weniger als 250 Mark Monats-einkommen und bei kinderreicher Eheleuten mit weniger als 200 Mark Einkommen.

3. Produktionskredite für Landwirtschaft und Industrie zu billigen Zinssätzen. Genossenschaften denorziert. Vergebung an Private stattloft, wenn angemessene Löhne gezahlt werden und der Nachweis niedriger Preisbildung ohne Kartellabschlüsse erbracht wird.

4. Später große Urbarmachungen von Oedland, Einbeidungen, Kanalanlagen, Ausbau von Wasserkraftwerken, planmäßige Elektrifizierung Deutschlands, Uebernahme oder Finanzierung gemeinnütziger Werke usw.

5. Durch ihre Gewerkschaften, Berufsvertretungen und sonstigen Verbände erhalten diejenigen Arbeitnehmer, welche durch lange Arbeitslosigkeit oder schlechte Entlohnung heruntergekommen sind, zinslose Darlehen in Form von Gutscheinen auf Bekleidungs- und Wirtschaftsgüter. Das gleiche gilt für bedürftige Kriegs- und Inflationsoffer. Die Gutscheine werden vom Reich eingekauft. Ausnahmeberechtigt sind solche Genossenschaften, gemeinnützige Geschäfte und Firmen, die den verlangten Nachweis erbracht haben. Oberster Grundsatze ist allgemeine Kreditverbilligung und Preisherabsetzung.

Durch Arbeit aller Volksgenossen hebt sich die natürliche Kaufkraft und der Nationalreichtum nimmt zu. Dadurch wird dann dauernde Arbeitsmöglichkeit geschaffen. Vorkünftig aber müssen die bisher Erwerbslosen so ernährt und beileidet werden, daß sie produktive Arbeit leisten können. Ergebnis: erweiterter Produktionsprozess, größerer Umsatz und größere Stabilität der Wirtschaft. Das Reich, das schon durch die Besitzübertragung wirtschaftlich erstarkt ist, wird durch dauernde Reichslosigkeit von Werten wirtschaftlich immer mächtiger. Die Kontrolle über Aufkommen und Verwendung der Zinsen und Abzahlungen der Reichshypotheken wird von einer Körperschaft ausgeübt, die von den Richtern nebst maßberechtigten Angehörigen gewählt wird, die durch Zahlung der Friedensrente die Verzinsung aufbringen. Dieser Körperschaft obliegt auch die Durchführung des Wohnungsbauprogramms. Sie hat das Recht, bei Sabotage und Preisüberhebungen der Unternehmenshaft Einziehungen von Ziegeln, Steinbrüchen und ähnlichen Werken vorzunehmen, wenn das zur ungehörten Durchführung des Programms erforderlich ist.

Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands um baldige Einbringung eines Gesetzesentwurfs mit vorstehenden Forderungen und um sofortige Volksbefragung nach erfolgter Ablehnung im Parlament.

Das Parteiprogramm.

Moskau. Der Parteitag wolle an Stelle des von der Programmkommission ausgearbeiteten Programmentwurfs das folgende Programm als Parteiprogramm beschließen und dieses so ausarbeiten, daß es dem Sinne nach leicht und unzweideutig zu erkennen ist.

Programm der SPD. 1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands betrachtet als das Ziel ihrer Politik die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft.

Die Partei wird die Vermittlung derselben durchzuführen, wenn drei Viertel der Wähler ihre Stimme für die SPD. abgeben und 90 Proz. der Wahlberechtigten an der Wahl teilgenommen haben. 2. In der sozialistischen Gesellschaft ist jeder Mensch verpflichtet, zur Erhaltung oder zum Gelingen des Lebens beizutragen.

3. Er erhält dafür eine von der Regierung festgesetzte Summe, die nicht übertragbar und an eine bestimmte Zeit gebunden ist. 4. Die Höhe dieser Summe richtet sich nach dem Wohlstand der Gesellschaft, nach dem Lebensalter des Betroffenen, und für die ersten dreißig Jahre nach dem Beschluß der sozialistischen Gesellschaft nach der letzten Einkommensteuerleistung. Zur Berücksichtigung der Einkommensteuerleistung werden Einkommensstufen festgelegt, in die die Familien oder Einzelpersonen eingruppiert werden. Die Unterschiede der einzelnen Stufen sind vom vierten Jahre an in jedem Jahre so zu verringern, daß mit Ablauf von 30 Jahren (einer Generation) die finanzielle Gleichstellung aller erreicht ist.

5. Alljährlich erhält jeder einen Erholungsurlaub von gleicher Dauer. 6. Berufsfindung wird von der Gesellschaft geliefert und gereinigt, ebenso Werkzeuge und Apparate zur Ausübung des Berufs und Arbeitsräume.

7. Die Arbeitszeit ist gleichmäßig festzusetzen. Bei Berufsgruppen, die besonders anstrengende, gefährliche oder gesundheitsschädliche Arbeiten auszuführen haben, ist die Arbeitszeit entsprechend zu verkürzen. Sonntags- und Nachtarbeit ist etwas länger zu bemessen und, wenn möglich, abzuschaffen. 8. Die Ausbildungskosten der Jugend vom Kindergarten bis zum vollendeten Studium übernimmt die Gesellschaft und liefert die Lehrmittel.

9. Der Grund und Boden, einschließlich aller auf ihm befindlichen Gebäude und Anlagen und in ihm befindlichen Anlagen und Werte, sowie der dazugehörigen Produktionsmittel und Konsumtionsartikel sind auf Beschluß der sozialistischen Gesellschaft als Eigentum der Gesellschaft zu erklären. 10. Eine Zensurpolitik regelt die Produktion und setzt die Preise für jeden Umfang fest. Diese sind in jedem Orte gleich.

11. Die Wohnungen und Gärten werden vermietet. Das Wohnen in Gartenstädten wird ermöglicht werden. Dazu wird jedem die freie Fahrt nach seiner Arbeitsstätte bei Entfernungen von über 3 Kilometer gewährt. 12. Der arbeitsunfähig wird, ein bestimmtes Alter erreicht hat oder krank wird, erhält eine Rente.

13. Geburtshilfe, ärztliche Behandlung und Medikamente sind frei. Bei Krankenhaus- oder Anstaltsbehandlung tritt eine entsprechende Kürzung der Rente ein. 14. Die Beerdigung oder Feuerbestattung übernimmt die Gesellschaft.

15. Wer seine Pflicht gegen die Allgemeinheit vernachlässigt oder sich ein Vergehen gegen die Allgemeinheit oder einzelne zugehören kommen läßt, wird während einer nach der Größe des Vergehens festgesetzten Zeit nach einem zweiten oder, wenn nötig, nach einem dritten von der Regierung festgesetzten niedrigeren Tarif verurteilt.

Genau (Reich). Vom Heidelberger Parteitag wird erwartet, daß hinsichtlich der Schaffung eines neuen Parteiprogramms schneller gearbeitet wird, wobei besonders die Frage der Stellung der Partei zum Staat geklärt werden muß.

Hamburg. Unter Finanzen und Steuern im Parteiprogramm Entwurf ist einzufügen der Absatz: Mögliche Vereinfachung und Beschleunigung des Einziehungs- und Beramlungsverfahrens.

Die Sozialdemokratie verlangt auf Grund § 165 der Reichsverfassung paritätische Mitwirkung der Arbeitnehmer bei den Handelskammern, Gewerbe- und Industriekammern sowie Landwirtschaftskammern.

Die Sozialdemokratie verlangt, daß die Schulzeit der Jugendlichen (Berufsschule) in die Arbeitszeit verlegt wird und vom Arbeitgeber beim Lohn nicht abgezogen werden darf. Abschnitt Kultur- und Schulpolitik: Förderung der freien Jugendbewegung. Absatz 7 ist „Genossenschaften“ einzufügen.

Verwaltung: Ist zu lesen statt Initiative „Volksbegehrt“. Justiz: Zusatz nach ebendiesem „vor allem im Erbrecht“. Nach „Todesstrafe“ ist einzufügen:

Im Untersuchungsverfahren stärksten Schutz des Inhaftierten gegen Uebergriffe der Untersuchungsrichter, Staatsanwälte, ihrer Hilfsorgane sowie mit der Ueberwachung betrauter Beamter und Angestellter. Erlass eines Reichsgesetzes, das dieses Gebiet allgemein regelt.

Dem letzten Absatz hinzuzufügen: Beitreibung der Haftkosten nur im Vermögensfalle des Bestraften.

Sozialpolitik: Nach „Volksfürsorge“ hinzuzufügen: „in der Richtung, daß allen gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten ausreichende Alters- und Hinterbliebenenversorgung gesichert ist.“ Nach „Arbeitsunfähige“: sowie Erwerbslose ausreichende Versicherung.

Unter Wirtschaftspolitik ist speziell die Wohnungsfrage aufzunehmen. Unter Wirtschaftspolitik ist das Wort „Bodenreform“ aufzunehmen.

Finanzen und Steuern: nach „Ausführung“ hinzuzufügen: „und angemessene Besteuerung.“ Internationale Politik: Nach „Abrüstung“ zu lesen: „Sie fordert daher Erlass der Herr durch nationale und internationale Polizeitruppen.“

Im Parteiprogramm muß der Gedanke des Klassenkampfes schärfer ausgeprägt werden.

In das Parteiprogramm ist ein Abschnitt über das Agrarprogramm aufzunehmen. Nach Sozialpolitik ist folgender Abschnitt unter Gesundheitspolitik einzufügen:

Die Folgen des Krieges, des Wohnungsmangels, der außerordentlich starken Erwerbslosigkeit bedingen eine planmäßige Gesundheitsfürsorge. Ausgehend von dem Grundsatze, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnen kann und die Arbeitskraft das wertvollste Vermögen darstellt, fordern wir: Erlass von Reichsgesetzen, die den Gesundheitszustand und die Fürsorge von früherer Kindheit an regeln. Muttergesundheitsfürsorge, Säuglingsfürsorge, Kleinkinderfürsorge, ärztliche Ueberwachung der Schulen und Fortbildungsschulen durch beamtete Ärzte. Unergeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung, einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel.

Beseitigung der Abtreibungsstrafen, die die Frau unter ein Ausnahmeregime stellen. Erlass dieser durch Rechtsbestimmungen, die sowohl die Frau schützen, als auch der Gesellschaft genügend und gesunden Nachwuchs sichern.

Reichsgesetzliche Regelung der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für beide Geschlechter, der Prostitution für Mann und Weib.

Verbot der Kasernierung und Bordellierung in irgend einer Form.

Aufhebung der Bestimmungen, die die homosexuelle Betätigung zwischen Erwachsenen unter Strafe stellen.

Einführung des gemeinnützigen Besatzungswesens auf reichsgesetzlicher Grundlage mit dem Ziele, diesen Zweig der Gesundheitspflege zu öffentlich-rechtlicher Angelegenheit zu machen.

Stetig. In dem Entwurf des Parteiprogramms wird das klare Bekenntnis zum Klassenkampf vermist. Es fehlt die klare Klassen-scheidung. Im Göttinger Programm wurde noch gesagt, der Kapitalismus mache den Klassenkampf für die Befreiung der Arbeiterklasse zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung. Wir fordern, daß dieses Bekenntnis nachgeholt wird.

Chemnitz. Absatz 5 der Gruppe Verfassung ist umzuwandeln in die Forderung „Aufhebung des Artikels 48 der Reichsverfassung“.

Chemnitz. In die Gruppen Justiz ist die Forderung nach Aufhebung des Landesverratsparagrafen aufzunehmen.

Chemnitz. In die Gruppen Justiz ist der Satz des Erfurter Programms aufzunehmen: Unbedingte Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter.

Chemnitz. In die Gruppen Sozialpolitik ist zu Abs. 12 der Satz des Erfurter Programms einzufügen: Unergeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel.

Chemnitz. In der Gruppe Internationale Politik ist hinter Absatz 10 einzufügen: Sie wird jeder Kriegserklärung der nationalen Staatsgewalten durch Aufruf zur Arbeitsverweigerung in der Kriegsindustrie bzw. durch Proklamierung des Generalfreits im Verein mit den Gewerkschaften entgegen wirken.

Chemnitz. Der grundsätzliche Teil des Parteiprogramms hat die Feststellung der Klassen-scheidung und ein klares Bekenntnis zur Idee des Klassenkampfes zu enthalten.

Chemnitz. Der letzte Absatz der Gruppe Finanzen und Steuern ist hinter den dritten Absatz der Gruppe Wirtschaftspolitik zu stellen und zwar in folgender umgeänderter Fassung:

Beseitigung des Reichs an allen privatkapitalistischen Großunternehmen, einschließlich der agrarischen durch Uebertragung eines bestimmten unabhingigen Besitzanteils, der das Mitbestimmungsrecht des Reichs bei der Führung der Unternehmen sichert.

Frankfurt a. M. Nach Absatz 1 wird eingefügt: „Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist. Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Besen der kapitalistischen Produktionsweise begünstigten Krisen, die den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entfaltung.“

Der in dem Entwurf als Absatz 2 vorgesehene Passus erhält folgende Fassung: „Mit dem Vorbringen der Großbetriebe in die Wirtschaft, mit der Zunahme der Verwaltungs- und Erziehungstätigkeit im Staat und in der Gemeinde wächst Zahl und Bedeutung der Angestellten und Beamten jeder Art. Längst verloren sie mit Ausnahme einer winzigen Minderheit werdender Kapitalisten ihre einseitige privilegierte Stellung; ihre Interessen stimmen mit denen der übrigen Arbeiterklasse daher überein.“

Der im Entwurf als Absatz 10 vorgesehene Passus erhält folgende Fassung: „Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturstaaten gleichmäßig beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats wohl bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken. In

dieser Erkenntnis führt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder."

Königsberg i. Pr. Abf. 4 Satz 2 soll nach „Erniedrigung“ eingefügt werden „und Ausbeutung“.

Königsberg i. Pr. Abf. 8 Satz 2 soll nach „Produktionskräfte“ eingefügt werden: „aus einer Quelle des Glanzes und der Unterdrückung“.

Königsberg i. Pr. Im Abf. 8 soll der Satz in § 4 gestrichen werden.

Königsberg i. Pr. Abf. 9 Satz 2 soll nach „dann“ eingefügt werden: „ihre ökonomischen Kräfte nicht führen und“.

Königsberg i. Pr. Es soll ein Abschnitt „Gesundheitspflege“ (vergl. Beschluß des Augsburger Parteitag) eingefügt werden.

„Nebenahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindegemeinschaften nach reichsgelehrter Vorschrift. Vereinheitlichung des sozialen Versicherungswesens und dessen Ausdehnung auf alle Volksgenossen. Planmäßige Verteilung aller der Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen auf Stadt und Land. Ausbau der Krankenanstalten und aller anderen gesundheitlichen Heil- und Fürsorgeeinrichtungen. Elternberatungsstellen zwecks Heranbildung eines an Körper und Geist gesunden Nachwuchses. Eingliederung der Ärzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens. Gemeinwirtschaftlicher Betrieb der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Betriebes von Heilmitteln und Sanitätswaren. Durchgreifende Gewerbehygiene und Unfallverhütung unter Erweiterung der ärztlichen Mitarbeit. Regelung der Irren- und Minderwertigenfürsorge. Sorgfältiger Gesundheitsdienst in Stadt und Land durch von den Selbstverwaltungskörpern gewählte Amtsärzte. Bepflanzung des gesamten Gesundheitsdienstes in einer Reichszentralbehörde für Volksgesundheit, soziale Versicherung und Bevölkerungspolitik.“

Königsberg i. Pr. Verwaltung: a) Zu Ziffer 2 soll nach Satz 3 eingefügt werden: „Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf Bestandteile ungeschlichteter Verwaltungsakte. Befreiung des staatlichen Aufsichtswesens für Gemeindeorgane.“

b) In Ziffer 4 soll das Wort „unbeschränkt“ gestrichen werden.

Königsberg i. Pr. Kultur- und Schulpolitik: In Abf. 3 sollen die Worte „Trennung von Staat und Kirche“ gestrichen werden und als Schlußsatz zugesetzt werden: „Trennung von Staat und Kirche. Keine öffentlichen Mittel für kirchliche und religiöse Zwecke.“

Königsberg i. Pr. Finanzen und Steuern: Im vorletzten Absatz soll der Zusatz gemacht werden: „Wohnungssteuern“ (Hauszinssteuer) nur für Wohnungszwecke.“

Königsberg i. Pr. Wirtschaftspolitik: Im letzten Absatz soll der Zusatz gemacht werden: „Mieterduldung“.

Königsberg i. Pr. Der Parteitag wolle dafür sorgen, daß das Parteiprogramm auch sprachlich einwandfrei gestaltet wird und fremdwörter möglichst vermieden werden.

Schwerin in Mecklenburg. In das Agrarprogramm ist folgende Bestimmung aufzunehmen: „Staatlicher Grund und Boden ist nicht an Private als Eigentum abzugeben.“

Der Grund und Boden zur Neu- und Anliegerbedeutung ist vom privaten Großgrundbesitz zu nehmen.

Die Parteigenossen haben in den Ländern darauf hinzuwirken, daß der Grund und Boden, der sich in Händen des Großgrundbesitzes befindet, als Staatsvermögen übergeführt wird. Bedürfnisse der kleinen Landwirte zur Schaffung einer eigenen Uckernehmung hat der Staat dadurch zu befriedigen, daß er Land langfristige zu billigen Bedingungen (Kompetenzland, Erbpacht) zur Verfügung stellt.

Der Verein **Esthra**, Unterbezirk Groß-Beipzig. Klare Entscheidung über Religionsfragen, daß Religion keine Privatsache mehr sein darf.

Altenburg in Thüringen. Der Satz des Parteiprogramms: „Religion ist Privatsache“ ist zu streichen.

Breslau. Die Breslauer Parteiversammlung mißbilligt die Begünstigung des Wortes „Klassenkampf“ im ersten prinzipiellen Teil des Parteiprogramms und wünscht seine Wiedereinführung. Im Programmentwurf wird unter den Verfassungsänderungen eingefügt: „Abkündigung der Reichsmarine“.

Burgsteinfurt (Westfalen). Wir beantragen, in den Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm im grundsätzlichen (theoretischen) Teil in dem Satz: „Der Siegeszug des Kapitals hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletariat verwandelt“ — die Worte „der Siegeszug“ zu streichen und dafür zu setzen „der ins Ungeheure gewachsenen Einfluß“, oder „der gewaltige Aufschwung der kapitalistischen Kräfte“ oder „die ständig gestiegene Macht des Kapitals“ oder einen ähnlichen Ausdruck.

Juidau. In das Parteiprogramm ist unter „Internationale Politik“ aufzunehmen, daß die Partei im Falle eines Krieges den Generalstreik gegen den Krieg proklamieren werde und das Proletariat aller Länder zu gleichem aufrufe.

Rheinhausen. Unter Abschnitt Kultur- und Schulpolitik ist einzufügen: „Erklärung der Religion zur Privatsache“ (Erfurter Programm).

Rheinhausen. 10. Absatz, den internationalen Charakter der Partei betreffend.

Der Satz: „Diese Kräfte sind aufs innigste verknüpft“ bis „gegenüber dem eigenen Volke“.

Hierfür ist zu setzen: „In dieser Erkenntnis führt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.“ (Erfurter Programm).

Kaiserslautern. Befreiung der Absätze 2 bis 5 des Artikels 48 der Reichsverfassung ist zu fordern.

Kaiserslautern. Für die Wahl aller Richter durch das Volk und die Befreiung des Einzelrichters in den erstinstanzlichen Strafgerichten ist einzutreten.

Schmalldorf. In den theoretischen Teil des Parteiprogramms sind aus dem Erfurter Programm die Absätze 3, 4 und 6 wörtlich zu übernehmen.

Im Kapitel Verfassung erhält Absatz 3 die folgende Fassung: „Auf dem Unterbau von nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengeschlossenen Gemeinden und Wirtschaftsprovinzen erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung alle staatlichen Befugnisse besitzt.“

In Kapitel Justiz ist zu fordern: „Unantastbarkeit der Rechtspflege und des Rechtsbestandes, Wahl der Richter durch das Volk.“

Im Kapitel Kultur und Schulpolitik ist zu fordern: „Abkündigung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken.“

Im Kapitel Finanzen und Steuern ist der Satz zu streichen: „Stärkste Schonung des Massenverbrauchs.“

Es ist hier zu fordern: „Abkündigung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen, welche den Massenverbrauch belasten.“

Frankfurt a. M. In den Einzeländerungen zur Verfassung sind die Worte zu streichen: „Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundzüge aufzustellen.“ An Stelle der Worte: „Erlaß des zum Artikel 48 der Reichsverfassung vorgesehenen Ausführungsgesetzes mit der Aufgabe, daß die Volksgewalt nicht auf einen Militärbefehlshaber übertragen werden darf“ ist zu setzen: „Aufhebung des Artikels 48 der Reichsverfassung.“ Den Forderungen zur Verfassung ist hinzuzufügen: „Recht des Volkes zur Auflösung des Reichstags.“

Frankfurt a. M. Beim Abschnitt Kultur- und Schulpolitik ist hinzuzufügen: „Abkündigung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken.“

Frankfurt a. M. Bei den Forderungen zur Verwaltung ist unter Nr. 2 vor dem letzten Satz einzufügen: „Das allgemeine Wahlrecht unter Fortfall jeder Aufenthaltsklausel ist einzuführen, jedes Bestätigungsrecht für kommunale Ämter ist aufzuheben.“

Frankfurt a. M. Dem ersten Satz in den Forderungen zur Justiz ist anzufügen: „Die Schöffen und Geschworenen sind unmittelbar vom Volk zu wählen.“ Dem Absatz, der im Entwurf mit den Worten „Im Strafprozeß“ beginnt, ist hinzuzufügen: „Entkennung aller Staatsanwälte, die Klassenjustiz treiben.“

Frankfurt a. M. Bei den Forderungen zu den Finanzen und Steuern ist nach den Worten „Sie fordert deshalb“ einzufügen: „Unmittelbare und unablässige Beteiligung des Reichs an den industriellen Großbetrieben; unablässige Beteiligung des Reichs an Großgrundbesitz.“

Bautzen. In dem Kapitel „Sozialpolitik“ ist als Forderung aufzunehmen: „Das Reich führt für alle Personen über 60 Jahre, die produktiv tätig für die Gesellschaft waren, ein Alterspensionsrecht ein.“

Bremen. In dem Programmentwurf ist die Kommunalpolitik in ihrer Bedeutung zur Gesamtpolitik zu würdigen und die Forderungen der Partei gefordert darzustellen.

Bremen. Die Parteigenossenschaft Bremens fordert für das Parteiprogramm eine schärfere Betonung der ökonomischen Entwicklungstendenzen des Hochkapitalismus. Sie verlangt eine bessere Zusammenfassung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung, die die ökonomische Vergänglichkeit des kapitalistischen Systems nachweisen und dem Proletariat die Gewißheit geben, daß es liegen kann, wenn es sich zum Träger des Sozialismus macht. Die Verwirklichung fordert weiter, daß das Programm sich in eindeutiger Klarheit über den Begriff des Klassenkampfes äußert.

Delmenhorst. Zum neuen Parteiprogramm wird beantragt: 1. Schaffung eines Mindestlohngesetzes. 2. Schaffung einer Alters-, Invaliden- und Krankenversicherung nach gleichem Rechte. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, den Satz: „Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Verwirklichung der Weimarer Verfassung“ in das Parteiprogramm mit aufzunehmen.

Heidelberg. Die Sozialdemokratische Partei hält sich für verpflichtet, die Kleinbauern vor der Übermacht der Großgrundbesitzer zu schützen und steht in der Bildung kleinbäuerlicher Produktionsgenossenschaften das beste Mittel, den kleinbäuerlichen Stand zu erhalten.

Unterbezirk Juidau. Zum Parteiprogramm wird beantragt: Absatz 7 soll lauten: „Mit Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalanlagen. Dieses imperialistische Wachstren bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und Kriegesgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des wirtschaftlichen Produktionsprozesses selbst, durch die stete Arbeit der Gewerkschaften wie der Sozialdemokratischen Partei gedrückt und zerschlagen wird, und an Schußpolitik, wachsendem Steuerdruck und zunehmender politischer Entregung die Verderblichkeit imperialistischer Politik erkennt. Die demokratische Republik ist kein Schutz gegen diese Gefahren; sie ist nur der Boden, auf dem das Proletariat machtvoller sich zum Kampf gegen jene Politik organisieren kann.“

Abf. 7 soll lauten: „Vor den Worten „ihre ökonomische Organisation“ einzufügen die Worte: „ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und...“

Abf. 10 soll lauten: „Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern die gleichen. Mit dem Umschwung des Weltverkehrs, mit der fortschreitenden Kapitalisierung der Produktion in allen Ländern, mit der Steigerung der imperialistischen Kriegesgefahr sind die Arbeiter aller Länder in steigendem Maße bedroht von kapitalistischer Unterdrückung und Entregung, und so immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Welt, an dem die Arbeiter aller Länder gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis führt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den Arbeitern aller Länder und sie ist sich bewußt, daß die vereinigte Aktion des Proletariats aller Länder gegen Ausbeutung und imperialistische Kriege eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung ist.“

Zwischen Absatz 11 und 12 einzufügen: „Indem die Arbeiterklasse so für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Der Imperialismus, anfangs von allen anderen Klassen als der proletarischen unterstützt, schlägt schließlich seine eigenen Anhänger in die Flucht und treibt sie in die Reihen des kämpfenden Proletariats. Je gewaltiger und brutaler der Kapitalismus zu neuen Kriegen treibt, je ertragreicher er mit Schußpolitik, mit Steuerraub sich vorbereitet, mit Gasen und mit anderen technischen Mitteln, mit neuartigen Organisationen sich rüstet, um so machtvoller stellt sich die Arbeiterklasse, erstickt durch die opferreiche Arbeit von Generationen, geschult durch die grausamen Lehren des letzten Krieges dem Kapitalismus als ebendürftiger Gegner gegenüber. — Die von der Arbeiterklasse zur erlösenden gesellschaftlichen Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht nur des Proletariats, sondern der gesamten Menschheit, die unter den gegenwärtigen Zuständen leidet. Sie kann aber nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben.“

Der letzte Absatz lautet: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann diese Ziele nicht erreichen ohne Umsturz der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Ausgehend von diesen Grundlagen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

Das Problem der europäischen Politik.

Münster i. W. Der Parteitag begrüßt die Bestrebungen, die darauf hinführen, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu erreichen. Er billigt die seitens

der Partei auf diesem Gebiet unternommenen Schritte. Der Parteitag muß es aber ablehnen, jene Versuche gutzuheißen, die mit dem Eintritt der deutschen Republik in den Völkerbund Deutschland voranzutreiben sollen, für die kapitalistischen Interessen der westeuropäischen Länder Vorkampfdienste gegen Rußland und den fernem Osten zu leisten. Deutschlands Aufgabe im Völkerbund muß sein, zu verhindern, daß er ein Bund der Kapitalisten aller Länder gegen Rußland und Asien wird. Dagegen muß die friedliche politische und wirtschaftliche Verständigung mit dem Osten angebahnt werden im Sinne einer wahren Gemeinschaft der Völker zum Austausch ihrer Güter und Erzeugnisse.

Der Parteitag erwartet von der Partei, daß sie sowohl innenpolitisch, als auf dem Wege über die Sozialistische Arbeiterinternationale auch außenpolitisch alles tut, was diesen Forderungen vorantreiben kann. Er beklagt die Entgleisungen, die in der deutschen Presse, auch im „Vorwärts“, sowie in der französischen sozialistischen Partei in letzter Zeit vorgekommen sind, und sieht darin letzten Endes die Anfänge der Vorbereitung einer außenpolitischen Atmosphäre, die geeignet ist, Europa und die übrige Welt erneut in schwere Erschütterungen zu bringen. Der Frieden der Welt ruht in den Händen der Proletarier aller Länder. Sie haben die Verpflichtung, einig und geschlossen allen auf kriegerische Verwicklungen hinführenden kapitalistischen Bestrebungen entgegenzutreten und damit die Basis für eine friedliche politische und wirtschaftliche Zukunft zu legen.

Chemnitz. Der Parteitag bekräftigt erneut den Willen der sozialdemokratischen Partei, mit aller Energie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu betreiben.

Osnabrück. Intensive Aufklärungsarbeit für die Friedensziele und den Völkerbund. Gemeinsame Veranstaltung eines Antikriegstages durch die SPD. und den Gewerkschaften.

Schleswig. Abschaffung der Heere, Erziehung durch Volkstruppen.

Wahlen des Parteivorstandes, der Kontrollkommission usw.

Münster i. W. Der Parteitag wolle als nächstjährigen Tagungsort Münster, die Hauptstadt Westfalens, bestimmen.

Hamburg. Der Parteitag wird erlucht, als Tagungsort für den nächsten Parteitag Hamburg zu wählen.

Frankfurt a. M. Der Reichsparteitag wolle beschließen, den nächsten Parteitag in Frankfurt am Main abzuhalten.

Frankfurt a. M. Um die Grundlage für einen erneuten Aufstieg und Aufbau der Partei zu schaffen, insbesondere die Mittelalterzahlen in Einklang mit den bei der letzten Wahl für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen bringen zu können, erworten wir von den Teilnehmern des Parteitag, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß in den Parteivorstand nur Genossen gewählt werden, die noch Frühlung mit den Arbeitermassen haben, und deren Vertrauen besitzen. Bei der Mehrzahl der bisherigen Vorstandmitglieder ist dies nicht mehr der Fall.

Sonstige Anträge.

Rheinhausen. Der Parteitag nimmt Stellung zur rheinischen Jahrausgabe und verurteilt entschieden, daß namhafte Führer der Partei die Aufrufe hierzu unterschrieben haben.

Der Parteitag sieht die Aufgaben der führenden Genossen darin, die Ideen des Sozialismus zu propagieren und nicht den nationalistisch-bürgerlichen Kummel der Jahrausgabe zu unterstützen.

Berlin. Der internationale Frauentag, beschlossen auf der Internationalen Frauentagungsversammlung in Kopenhagen 1910, findet, wie in anderen Ländern, fort und auch in Deutschland statt.

Altenburg (Thür.). Der Parteivorstand wird beauftragt, alle Maßnahmen zu ergreifen, um Esperanto im internationalen Verkehr einzuführen und auf dem Internationalen Kongress in Marseille zur Annahme zu verhelfen.

Hankensiefen. Wir fordern den Parteitag auf, den Parteivorstand zu beauftragen: zur Anstellung eines esperantokundigen Genossen beim Zentralvorstand,

zur Einladung an alle sozialistischen Parteien der Welt zur Korrespondenz in Esperanto,

zur Herausgabe eines Mitteilungsblattes in Esperanto an alle sozialistischen Parteien und die gesamte Arbeiterpresse der Welt, zwecks Aufklärung über die innere und äußere Politik der SPD. und über deutsche Verhältnisse im allgemeinen,

zur Stellung eines Antrages an die sozialistische Internationale für die gleichen Maßnahmen,

zur Verpflichtung aller Angestellten der Partei zur Erlernung des Esperanto innerhalb einer gewissen Frist (1 Jahr, normale Berufszeit ein Vierteljahr),

zur Einwirkung auf die deutschen und internationalen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Genossenschaften in der unter 1 bis 5 geforderten Richtung.

Breslau. Schon mehrfach hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf ihren Parteitag und bei anderen Gelegenheiten durch entsprechende Beschlüsse ihr Interesse für die Alkoholfrage öffentlich bekundet.

Die wieder ansteigende Alkoholkonsumtion fordert unzählige Opfer aus den Reihen des Proletariats. Als Vertreterin der besitzlosen Klasse erfüllt die Partei nur ihre Pflicht, wenn sie erneut dafür eintritt, daß durch geeignete Maßnahmen dem steigenden Alkoholkonsum ein wirksamer Damm entgegengesetzt wird.

Deshalb beschließt die Partei, durch Aufklärung mit Unterstützung ihrer Presse in dem Sinne zu wirken; wie sie sich auch weiter dafür einsetzen wird, daß neben einem ausreichenden Jugendschutz auch die Betreibungen, die beispielsweise im Gemeindebestimmungsrecht zum Ausdruck kommen, in jeder Weise gefördert werden.

Effen. Der Parteitag in Heidelberg beschließt, den nächsten Parteitag in Effen abzuhalten.

Heidelberg. Der Parteitag wolle beschließen: Es ist Pflicht aller der SPD. angehörigen Beamten, sich einer freigewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, sofern eine solche für ihre Sparte besteht.

München. Um die Vereinfachung von Geschäftsstellen für Schaffung von Jugendheimen herbeizuführen und sicher zu stellen, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, baldmöglichst mit der Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften, dem ADGB. und dem AFA-Bund in Verbindung zu treten, um die gegenwärtige Wirkung des Kinderpennings in Deutschland in die Tat umzusetzen. Die Einhebung des Kinderpennings hätte durch das Umlageverfahren mit den freien Gewerkschaften zu geschehen. Die Erstellung von Jugendheimen wäre durch Einführung des allgemeinen Kinderpennings sichergestellt und eine Kulturangelegenheit der deutschen Arbeiterklasse der Verwirklichung näher gebracht.

Bezug des...
Nach der...
Nr.

Einen...
gamifizierten...
daß die sog...
Schwerindus...
elles „bater...
über den C...
die kurzell...
wird man f...
zeugen könn...
lange der...
lage ist...
Um so...
Arbeiterfein...
Gutgläubigen...
senden und...
können wir...
einer großen...
Ordnens, in...
Doch i...
Worte komm...
stehen des...
rechtsradikale...
Der Jung...
führer in d...
Rängen die...
der Führer...
gewesen. J...
heutiger Zeit...
die Interesse...
sind die meis...
sollen. Lang...
nur ausfüh...
gruppen gew...
Als eine...
sozialistische...
Genossen...
Organisation...
Dagegen ges...
müssen. Es...
illegalen mit...
besen sind, u...
Machraum...
national...
eine internation...
die Fortbew...
nach dem...
regendwische...
nernen Finanz...
führer zur...
an die allgem...
nacher wieder...
ist. Es muß...
ragenden C...
innerhalb...
Diese Neu...
daß nationale...
sind. Damit...
lisch fin...
Phrasen. P...
nalen Part...
wird, auf d...
Die Antif...
den Stahle...
Ordnung bez...
Stahlhelm-W...
Stahlhelms, die...
hoher Militärs...
sich die...
früheren Zust...
weist und Stand...
währenden Notz...
bezug auf d...
burg sogar in...
kampfbüch...
zweihen, sie...
bezogen förm...
fogenannten...
ne von einem...
Stahlhelm, der...
träger des Kamp...
grund seiner...
Der Stahlhel...
sicher Unternehm

Im Bestreben, sein...
den Streikbru...
den deutschnation...
verpflichtigen...
länder“, eine n...
sachlichen Namen...
better Deut...
Aufgabe ebenfalls